

Deutsche Rundschau

B7
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł.
Postabzug vierteljährlich 16,16 zł., monatl. 5,39 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł.
Danzig 8 zł. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr. Dienstags- und
Sonntags-Nr. 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachleistung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Gernr. Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die zweispaltige 225 Groschen, die dreispaltige 375 Groschen. Danzig 10 bzw. 10 Dm. Dt. B.
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Bla-
vorricht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
geschäftlich erbeten. — Offertgebühr 100 Groschen. — Für das Erstellen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.
Postlestellkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 88.

Bromberg, Dienstag den 15. April 1930.

54. Jahrg.

Bölliges Versagen der Belastungszeugen im Deutschtumsbund-Prozeß.

Schlüsse der Angeklagtenvernehmung. — Beginn der Zeugenvernehmung.

Nach der Vernehmung des Angeklagten Dr. Schöls am Sonnabend folgte die Vernehmung des Angeklagten Schmidts - Graudenz, des ehemaligen Geschäftsführers des Bezirks Pommereilen-Süd. Der Angeklagte macht in sehr sachlicher Weise Angaben über sein

Rundschreiben betr. die annullierten Ansiedler.

In diesem Rundschreiben hat er den Ansiedlern mitgeteilt, daß sie berechtigt seien, über ihr eigenes Inventar zu verfügen und hat ihnen empfohlen, es zu verringern, da die Nachfolger gewöhnlich finanziell nicht in der Lage waren, es zu übernehmen. Der Angeklagte unterstreicht, daß ihm aus seinem Verhalten kein Vorwurf gemacht werden könne, da er nur das mitgeteilt habe, was das Urteil Biemski (Landamt) selbst bekanntgegeben hat. Die Frage des Vorsitzenden, ob ihm derartige Fälle bekannt waren, wo Ansiedler auf Veranlassung dieses Landamtes ihre Besitzung verlassen mußten und das Inventar mitnehmen konnten, beantwortet der Angeklagte bejahend und kann auch einige solcher Ansiedler namentlich nennen. Zu den

Anweisungen über die Optionserklärungen an die Stellungspflichtigen

Im Jahre 1920 erklärt Herr Schmidt, daß seine Richtlinien, die er den Stellungspflichtigen erteilt habe, aus amtlicher polnischer Quelle stammten, nämlich von dem Oberst des Generalstabs in Graudenz, Sals. Be treffs der Kriegsmedaillen erklärt Herr Schmidt, eine Aufforderung erhalten zu haben, in der verlangt wurde, diejenigen Personen festzustellen, die eine solche Münze läufig erwerben wollten. Da aber der Vorsitzende der Bezirksvereinigung, Rechtsanwalt Partikel, sich dagegen ausgeprochen hat, habe er nichts weiter in dieser Angelegenheit unternommen, keine einzige solcher Münzen gesehen und auch keine Rundschreiben in dieser Angelegenheit versandt. Über das Verhältnis zu den Konsulaten fragt, erklärt der Angeklagte, daß er die Ausgewiesenen an das Konsulat verwiesen habe. Die Geschäftsstelle habe auch Passangelegenheiten erledigt, jedoch nur in der Weise, daß man — ähnlich wie Reisebüros — die Fragebögen ausfüllte und sie durch den Boten zu der Poststelle bzw. dem Konsulat in Thorn bringen ließ. Diese Boten hatten auch gelegentlich Briefsachen, die nicht eilig waren, an die Geschäftsstellen mitzunehmen. Da sie als

Kuriere

bezeichnet wurden, haben sie den Argwohn der Behörden erweckt, sie waren aber im Grunde nichts anderes als Boten. Für die Erledigung der Bürumbeförderung wurde eine kleine Zusatzgebühr zu den üblichen Postgebühren erhoben. In einem Rundschreiben, das der Angeklagte im Auftrage eines damaligen Vorgesetzten herausgegeben hat, wies er auf die Möglichkeit der Unterbrechung einer postalischen Verbindung hin, einer Tatsache, die sich damals sehr oft ereignete. Den Geschäftsstellen lag natürlich daran, die Verbindung mit den Ortsgruppen aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde wurde den Vertrauensleuten angegeben, wohin sie ihre Post zu schaffen hatten, die dann nach der Geschäftsstelle weitergeleitet wurde.

Der Angeklagte hat, um den Vertrauensleuten die Art und Weise der Postbeförderung zu veranschaulichen, eine kleine Skizze auf die Rückseite des Flugblattes gezeichnet und dort mit Pfeilen die Punkte Puhig, Bempelburg und Graudenz verbunden. Diese kleine Karte scheint den Staatsanwalt und das Gericht besonders zu interessieren. Der eine der Richter stellte die Frage, warum nicht auch eine Verbindung nach Bromberg, sondern alle gerade nach dem Norden hin gerichtet sind. Das erklärt der Angeklagte damit, daß diese Skizze nur für die Vertrauensleute seines Bezirks bestimmt war, der sich von Graudenz nach Norden hin erstrecke. Im übrigen kann der Angeklagte darauf hinweisen, daß seinerzeit eine solche Skizze den Militärbehörden in die Hände gefallen sei, die darauf eine Haftbefehl veranlaßt habe. Die Haftbefehl wie auch die sich anschließende Vernehmung durch Offiziere des Generalstabs Graudenz hatte zum Ergebnis, daß die Militärbehörde das Verfahren eingestellt hat, weil sie sich davon überzeugte, daß die kleine Skizze keinen staatsfeindlichen Charakter hat.

Es folgt nun die Vernehmung von Fräulein Seiler aus Schubin. Auch diese Angeklagte ist verdächtigt, die bekannten Kniffhäuser-Gedenkmünzen verteilt zu haben und damit eine

Liste der Wehrfähigen hergestellt

zu haben. Fräulein Seiler sagt aus, daß sie, wie die anderen Geschäftsstellen, das bekannte Rundschreiben in dieser Sache erhalten habe, aber nur in einer Unterredung einmal einem Herrn aus Labischin gegenüber von diesen Denkmünzen gesprochen habe. Der Betreffende hat dann unter

einigen Bekannten geworben und gegen 40 solcher Denkmünzen angefordert. Sie habe die Bestellung weitergeleitet, desgleichen die Münzen dann an den betreffenden Herrn aus Labischin. Betreffs der Frage des befragenden Richters über den Militärstand des Herrn aus Labischin wird mitgeteilt, daß er zwar kurze Zeit beim Militär gewesen sei, aber nachher in einem untergeordneten Rang entlassen wurde.

Der Angeklagte Dobbermann wird zunächst ebenfalls über die allgemeine Organisation des Bundes befragt. Er unterstreicht, daß er im Jahre 1923 in dem von ihm herausgegebenen Kalender "Deutscher Heimatbote in Polen" die Gesamtorganisation des Bundes geschildert habe, woraus hervorgehe, daß dieser keinen geheimen Charakter trug.

Was die im Jahre 1922 gesammelten

Schulstatistiken

betreffe, so erklärt der Angeklagte, daß er das Material für seine Tätigkeit als Leiter der Schulabteilung des Deutschtumsbundes sowie für seine privaten Zwecke, nämlich für seine schriftstellerische Tätigkeit brauche. In seiner Position als Leiter der Schulabteilung hätte er die Pflicht gehabt, den Stand der Schulen und der deutschen Schüler zu kennen, um zu wissen, welche Schule eventuell aufgelöst werden würde. Solches traf nämlich ein, wenn eine Schule nicht die vorgeschriebene Zahl von 40 Schülern hatte. Um den Kindern die Schule zu erhalten, mußte etwas getan werden, das ein Sinken dieser Ziffern verhinderte. Er habe dann die Gemeinden angeregt, sich Arbeiterfamilien zu verschaffen, die eine große Kinderzahl hatten, um den Bestand der Schule zu sichern. Zu seinen Feststellungen hat der Angeklagte Fragebogen verändert, die jedoch nur an die Vertrauensleute gingen und nicht an die Lehrer. Er habe also nicht Lehrer zur Verleihung des Amtsgeheimnisses veranlaßt, wie das die Anklage schreibt von ihm behauptet, auch komme damit der Anklagepunkt in Fortfall, in dem gesagt wird, er habe den Lehrern für die erzielten Auskünfte Geld angeboten. Von einer ungesehlichen Verhinderung der Regierungsmaßnahmen könne keine Rede sein, da es sich ja immer nur um Schulen handelt, die erst in Gefahr standen, aufgelöst zu werden, mit denen sich also noch gar kein Regierungserlaß beschäftigt hat. Schließlich betonte der Angeklagte Dobbermann, daß auch eine Verleihung des Amtsgeheimnisses nicht erfolgt sei, denn wenn die Fragen in den betreffenden Fragebogen durch Lehrer ausgefüllt worden wären, so hätten diese ja nur mitgeteilt, was jedes Kind im Dorf wußte, nämlich wieviel Kinder in der Schule seien, wieviel Lehrkräfte und wie die Schule heißt.

Den Schlüsse bei der Angeklagtenvernehmung bilden die Angeklagten Arendt und Winkelhausen, die sich den Ausführungen von Studienrat Heidels über die allgemeine Organisation des Bundes anschließen.

Die Zeugenvernehmung.

Am Sonnabend in der Nachmittagsverhandlung um 5 Uhr wurde mit der Vernehmung der Zeugen begonnen. Als erster Zeuge wurde der Lehrer Karl Auck in Sienno, Kr. Bromberg, vernommen. Er schilderte eingehend

Zwei Nebenfälle,

die von maskierten bewaffneten Männern im Herbst des Jahres 1929 auf ihn begangen wurden. Dabei raubte man ihm einen elektrischen Zähler. Der Zeuge konnte keinerlei Verdacht äußern und behauptete, mit allen Menschen stets in bestem Einvernehmen gelebt zu haben. Einer der Räuber hat nur einmal die Worte geäußert: "Hier ist Kassa!" übrigens eine typisch polnische Säghildung. (1) Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden bejahte er, daß im Sommer des vorigen Jahres ein Mann bei ihm gewesen sei, der sich als Lehrer Buchholz vorstellt und um eine Statistik der Schulkindergarten bat. Der Zeuge hätte ihm jedoch diese Bitte abgeschlagen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er diesen Besuch des Lehrers Buchholz mit den bewaffneten Überfällen in irgend einem Zusammenhang bringe, verneinte der Zeuge, er hätte keinerlei Verdacht und auch keine Ahnung, wer die Räuber gewesen seien. Kurz nach dem letzten Überfall hatte er sofort den deutschen Rittergutsbesitzer von Born-Hallois benachrichtigt, der ihm sofort polizeiliche Hilfe angesetzt hatte. Rechtsanwalt Grzegorzewski stellte dem Zeugen die ironische Frage, ob er irgend einen der Angeklagten im Verdacht hätte, an dem Überfall eingeschlagen zu haben, was der Zeuge verneinte, da er alle Angeklagten in seinem Leben zum erstenmal sah. Der Verteidiger fragte dann noch, ob die Räuber der Ansicht gewesen sein könnten, daß in dem elektrischen Zähler eine Statistik der Schulkindergarten enthalten gewesen sei, was der Zeuge ebenfalls verneinte.

Allen im Gerichtssaal Anwesenden, außer vielleicht dem Gerichtshof selbst, blieb der tiefere Sinn dieser Vernehmung

verlossen. Niemand konnte sich denken, aus welchem Grunde ein Raubüberfall im Jahre 1929, also sechs Jahre nach Schließung des Deutschtumsbundes, in einem Prozeß zur Sprache gebracht wurde, mit dem er offensichtlich in gar keinem Zusammenhang steht und dessen der Anklage zugrunde liegende Delikte nur in den Jahren 1920 bis 1923 liegen.

Der nächste Zeuge, der vernommen wurde, war der Schulinspektor Wackaw Kłusowski, dessen Amtsbeirat der nördliche Teil des Kreises Nowy Dwór ist. Dieser Zeuge sagte aus, daß er bei einer Schulrevision im Jahre 1924 auf dem Katheder eines Lehrers einen Fragebogen gefunden hätte in deutscher Sprache, auf dem Fragen über die Anzahl der evangelischen und katholischen sowie polnischen und deutschen Kinder und die Größe des zur Schule gehörigen Areals gestellt waren. Auf Befragen hatte der Lehrer ihm mitgeteilt, daß er den Fragebogen von dem evangelischen Pastor Küff aus Groß-Reudorf erhalten habe. Beantwortet hat der Lehrer ihn auf die Vorstellungen des Schulinspektors nicht. Weiteres in dieser Angelegenheit weiß der Zeuge nicht auszusagen, behauptet nur, daß schon zu deutscher Zeit die Beantwortung solcher Fragen verboten gewesen sei. Dazu gehört der Angeklagte Dobbermann, ihm wäre von einem solchen Verbot nichts bekannt, obwohl er auch zu deutscher Zeit lange Jahre Lehrer gewesen ist. Er hätte früher Fragen, wie sie auf dem Fragebogen gestellt wurden, selbstverständlich beantwortet, ohne darin eine Verleihung des Dienstgeheimnisses zu sehen. Von einer Verfassung der polnischen Regierung, daß solche Angaben nicht gemacht werden dürfen, sei ihm nichts bekannt. Auf die Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Spicher an den Zeugen, wann eine solche Verfügung der polnischen Regierung erlassen worden sei, kann dieser keine genaue Auskunft geben. Bezuglich der

Einschulung von deutschen Kindern

eines Dorfes in die Schule eines anderen Dorfes sagt der Zeuge Kłusowski aus, dies sei auf die Weise geschehen, daß die Kinder bei Verwandten oder guten Bekannten in Pension gegeben wurden. Auf diese Weise konnte verschiedentlich die für die Aufrechterhaltung einer deutschen Schule erforderliche Kinderzahl erreicht werden. Verteidiger Rechtsanwalt Smiarowski fragt den Zeugen, was denn mit solchen Kindern geschehen sei. Dieser antwortet, daß man sie in der Schule belassen habe, da vom Standpunkt der Schulbehörden aus hier kein Grund zum Einschreiten vorlag. Es war also auch mit der Einweisung von Gastkindern nichts Staatsgefährliches geschehen!

Grotesk gestaltet sich die Vernehmung des Zeugen Anton Kaczmarek, Oberwachtmeister bei der Polizei. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, was er vom Deutschtumsbund wüßte, gibt der Zeuge eine völlig

Konfuse Darstellung

dieser Organisation, die in der Behauptung gipfelt, die Tätigkeit des Bundes wäre sehr gefährlich gewesen. Er erzählte dann von gewissen Versammlungen, die stattgefunden haben sollen und in denen Studienrat Heidels dazu aufgefordert haben soll, mündlich bei Reisen nach Deutschland drüber zu erzählen, was für Zustände hier herrschten. (1) Heidels und Dobbermann wären die ganzen Triebfedern dieses gefährlichen Tuns gewesen. Von einem gewissen Fiskowski, einem deutschen Wanderlehrer, will er dann erfahren haben, daß diese Wanderlehrer damit beauftragt worden seien, geheim zu halten statistische Daten zu sammeln und die deutschen Eltern darüber zu unterrichten, wie sie die Anordnungen der polnischen Behörden hinterstreben könnten. Auf die Frage des Vorsitzenden stellt es sich schließlich herans, daß es sich hier um Vorgänge der Jahre 1928 und 1929 handelt, die also mit dem Prozeß nicht das Geringste zu tun hatten. Selbst der stets ruhige Gerichtsvorsitzende wird bei den unzusammenhängenden und unsachlichen Aussagen des Kaczmarek, die er teilweise aus zweiter und dritter Hand hat, nervös. Überhaupt macht der Zeuge einen sehr wenig intelligenten Eindruck. Auf völlig unkomplizierte Fragen des Vorsitzenden weiß er nichts zu antworten, da er die Fragestellung gar nicht begreift. Er behauptet u. a., der Wanderlehrer Buchholz wäre der Gefährlichste von allen gewesen. Auf die Frage des Rechtsanwalts Grzegorzewski, worauf er diese Behauptung begründet, antwortet er, Buchholz hätte bei seiner Vernehmung selbst ausgesagt, er sei der beste der deutschen Wanderlehrer. (1) Seine Auffassung über die Gefährlichkeit des Deutschtumsbundes begründet er damit, daß er sie aus den Akten bei der Revision im Sejm Bureau ersehen hätte. (1)

Wie gefährlich die Arbeit des Deutschtumsbundes gewesen sei (wahrscheinlich ist dem guten Szczmarek dabei wieder eine Verwechslung mit dem Sejm bureau an unterlaufen), sei daraus zu ersehen, daß z. B. in Königsberg ein Pole auf die deutschen Sejmisten (1) gesetzt worden sei. Was das für Listen waren und worin dabei eigentlich das Verbrechen bestanden haben soll, weiß der Zeuge nicht zu sagen. Auf die Frage des Rechtsanwalts Spitzer, ob er persönlich bei einer der Versammlungen anwesend gewesen sei, auf denen Studienrat Heidels zur mündlichen Berichterstattung in Deutschland über die Zustände in Polen aufgefordert habe, verneint der Zeuge.

Ein weiterer Belastungszeuge sollte der ehemalige Geheimpolizist Debinski-Posen sein. Der Gerichtsvorsteher legte ihm ein Heft mit Stenogrammen vor und fragte ihn, ob er dieses Heft bei einer Revision im Bureau des Dr. Rausching beobachtet habe. Der Zeuge weiß sich darauf nicht mehr zu beenden. Auch bei anderen Fragen, die der Gerichtsvorsteher an ihn stellt, gibt er die Auskunft, er weiß das nicht mehr. Als schließlich der Vorsteher den Debinski energisch darauf aufmerksam macht, daß er erst im vorigen Jahre alles das ausgesagt habe, wonach er gefragt wurde, bekennt sich der Zeuge dazu, die einzelnen Fragen zu bejahen. Der Gerichtsvorsteher fragt ihn zweimal, ob die Haussuchung damals im Bureau des Dr. Rausching vorgenommen wurde. Beide Male bejaht dies der Zeuge. Rechtsanwalt Grzegorzewski stellt ihm dann die Frage, in welcher Straße sich das Bureau befunden habe, und der Zeuge antwortet, daß es in Posen in der Gartenstraße gewesen sei. Hierzu erklärt der Angeklagte Dr. Scholz, daß sich das Bureau des Dr. Rausching niemals in der Gartenstraße befunden habe, dort sei lediglich seine Privatwohnung gewesen. Schließlich muß der Zeuge seine vorherige falsche Aussage dahingehend richtig stellen, daß er die Haussuchung in der Privatwohnung des Dr. Rausching durchgeführt habe und das vorgelegte Stenogrammheft dort im Schreibtisch ("Biuro", nicht "Biuro", wie er vorher ausgesagt hatte) beschlagnahmt worden sei. Damit ist die Vernehmung auch dieses Zeugen beendet.

Zum Schluß wurde noch Fräulein Ernestine Schilling, Buchhalterin des früheren Deutschtumsbundes, vernommen. Sie wird gefragt,

woher die Gelder kamen,

die dem Deutschtumsbund zur Verfügung standen, und gibt die Auskunft, daß sie aus Beiträgen der Deutschtumsbundmitglieder, von der Deutschen Stiftung, der Treuhsachen Sammlung und anderen Spenden mehr herstammten. Auf die Frage, ob der Deutschtumsbund nicht die Vermittlung bei der Auszahlung von Renten der Deutschen Regierung an emeritierte deutsche Beamte übernommen habe, verneint sie. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob auch deutsche Reichsangehörige Unterstützungen bezogen hätten, gibt sie eine verneinende Antwort und betont, daß nur polnische Staatsbürger, und zwar aus Geldern der Deutschen Stiftung, unterstützt wurden. Die Auszahlungen dieser Unterstützungen tätigte im übrigen der Wohlfahrtsbund. Auf die Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Spitzer, ob der

Wohlfahrtsbund eine besondere Organisation gewesen sei, mit eigenen Särgen und eigenem Vorstand, bejaht sie. Ihre Tätigkeit auch als Buchhalterin des Wohlfahrtsbundes erklärt sie damit, daß sie diese Arbeit nur in freien Stunden, die ihr ihr Hauptberuf als Buchhalterin des Deutschtumsbundes übrig ließ, ausführte.

Damit wurden die Verhandlungen am Sonnabend geschlossen.

Die Vernehmung der Sachverständigen.

Beginn der Montags-Verhandlung.

Am heutigen Montag, dem dritten Verhandlungstage im Deutschtumsbundprozeß, wurde mit der Vernehmung der Sachverständigen begonnen.

Schulrat Felix Rakowski

vom Schulrat der Schulgebäude zu Posen wurde vom Gerichtsvorsteher nach seiner Meinung über die Maßnahmen des Deutschtumsbundes auf dem Gebiete des Schulwesens befragt. Vor allem sollte er sich darüber äußern, ob die Beantwortung der Dobbermannschen Fragebogen eine Verleugnung des Dienstgeheimnisses darstelle oder nicht. Von dem Gerichtsvorsteher in seiner Fragestellung an den Sachverständigen wurden auch wieder die beiden Überfälle auf den Lehrer auch in Steinau erwähnt, für die bekanntlich nicht der geringste Anlaß gegeben ist, daß sie in irgend einem Zusammenhang mit der Prozeßmaterie stehen.

In seiner Antwort führte Schulrat Rakowski etwa folgendes aus: Im Februar und August 1920 ergingen von der Kultusabteilung des polnischen Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet Anordnungen an die Lehrerschaft, daß lediglich auf dem Amtswege Auskünfte über schulstatistische Angelegenheiten erteilt werden dürfen. Besonders betont das Rundschreiben vom August 1920, daß sich ancheinend schon auf bestimmte Fälle stützt, daß an nicht-polnische Behörden oder Stellen jede Auskunft zu unterlassen sei. (Warum wurden wohl diese nicht gerade minderheitfreudlichen Anordnungen erlassen? Die Red.) Auch solche Fälle, in denen deutsche Schulkinder von einer Gemeinde in die andere umgeschult wurden, und dabei zu Bekannten und Verwandten in Pension gegeben wurden, sind dem Sachverständigen bekannt. Da den Vertrauensmännern des Deutschtumsbundes empfohlen wurde, sich hinsichtlich der Auskünfte direkt an die Lehrer zu wenden, ist Schulrat Rakowski der Ansicht, daß von den Lehrern eine Verleugnung des Amtesgeheimnisses gefordert wurde und daß demnach ein Vergehen gegen den § 129 des St. G. B. vorliegt. Schulrat Rakowski behauptet, daß die deutschen Lehrer, wenn sie sich den Wünschen des Bundes gefügig zeigten, vom Deutschtumsbund besondere Unterstützungen erhalten. Er weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die illegale Tätigkeit Dobbermanns auch gegenwärtig noch fortduere. Er beschäftigte in seinem Schubureau sogenannte Wanderlehrer, die im Lande umherziehen und diejenigen deutschen Kinder, die in polnischer Sprache unterrichtet werden, im Hause in deutscher Sprache unterrichten. (Das ist allerdings ein Hochverrat, der in der ganzen Welt Aussehen erregen muß! D. R.) Worin besteht die Ungesetzlichkeit bestehen, führt der Sachverständige nicht aus.

Der Staatsanwalt richtet sodann an ihn die Frage, was für Beihilfen vom Deutschtumsbund an Lehrer gezahlt wurden. Der Sachverständige antwortet, daß ihm bis 1923 derartige Fälle nicht bekannt wurden. In späteren Jahren dagegen wären solche Fälle zu seiner Kenntnis gekommen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Spitzer stellt hier den Antrag, die Frage des Staatsanwaltes über die in späteren Jahren gezahlten Beihilfen abzulehnen, da sie für diesen Prozeß, dessen Deliktsbestand bekanntlich mit dem Jahre 1923 abschließt, bedeutsungslos sei. Der Gerichtsvorsteher lehnt den Antrag des Rechtsanwalts Spitzer jedoch mit der Begründung ab, daß diese Materie auch schon in der früheren Debatte bei der Wanderlehrerfrage erörtert wurde, und weil die Antwort des Sachverständigen, die sich auf im Schulbezirk Posen vorgekommene Tatsachen stütze, sowohl für das Gericht wie für die Verteidigung Anhaltspunkte für die Glaubwürdigkeit des Angeklagten Dobbermann biete und geeignet sei, die gegen Dobbermann erhobenen Vorwürfe zu klären.

Als dann der Sachverständige antwortet, kommt mit irgendwelchen Positiva auch nicht dienen. Es war lediglich bei einem Lehrer seines Bezirks ein Schreiben vorgefunden worden, in dem dieser Lehrer zur Abholung irgendeines Beitrages von einer Stelle aufgefordert wurde. Diese Anforderung verzeichnete weder einen Absender noch sonst irgendwelche Angaben, aus denen über die zahlende Stelle irgendwelche Schlüsse gezogen werden könnten. Die Untersuchung in diesem Fall ist im übrigen noch nicht abgeschlossen. Auch dieser Vorgang ereignete sich erst im Zeitraum 1928/29. (Schluß der Redaktion.)

Nachtrag.

In unserem Bericht über den Deutschtumsbund-Prozeß in der letzten Ausgabe ist am Schluß der ersten Seite insofern ein technischer Fehler unterlaufen, als die letzten Zeilen fortgelassen wurden. Bei der Aussage des Geschäftsführers Jenner-Wirsig muß es heißen: Der Staatsanwalt fragte den Angeklagten, ob die Kreisvereinigung Wirsig bei den Behörden gemeldet gewesen sei. Geschäftsführer Jenner erklärt, daß der Deutschtumsbund in Wirsig nicht nur damals den Behörden gemeldet war, sondern daß er auch heute noch dort gemeldet ist. Seine Streichung im Vereinsregister ist noch nicht erfolgt. (Bewegung im Gerichtssaale.)

Stimmungsmache

auf der anderen Seite.

Wie ein warmer Mairegen, so beschreitet der Deutschtumsbund-Prozeß die tatendurstigen Gemüter polnischer Journalisten, deren Ohren stets in einer ganz besonderen Richtung eingestellt sind, und von jeher das Sumpfgras wachsen hören. So erleben wir es, daß beispielweise der "Kurier Poznański" mit unerträglicher Festigkeit behauptet, sämtliche Angeklagten weigerten sich, die polnische Sprache zu benutzen, obwohl es bekannt sei, daß sie diese beherrschten. Die "Gazeta Bydgoska" hat am Freitag aus der Vernehmung der Angeklagten das Geheimnis herausgehört, daß ungeheuer wichtiges Spionagematerial (1) in dem Bureau des Dr. Rausching gefunden worden sei, und daß sogar Verbindungen zwischen dem Deutschtumsbund und Berlin bestanden hätten. Aus den bei Dr. Rausching beschlagnahmten Akten hätte sich ergeben, daß der Deutschtumsbund sogar schon im Jahre 1907 (1) mit dem Auslands-Institut in Stuttgart in Verbindung gestanden hätte! (Ob dieser Berichtsteller wohl auch schon 13 Jahre vor seiner Geburt solchen Unsinn fabriziert hat? Die Red.)

Ulik freigesprochen!

Nach zweistündiger Beratung verkündete der Präsident des Appellationsgerichts in Katowic am Sonnabend nachmittag um 3/46 Uhr folgendes Urteil: Das Urteil gegen Otto Ulik des Bezirksgerichts Katowic wird aufgehoben. Ulik wird von der Anklage freigesprochen, dem polnischen Militärfestligen Bialucha die Flucht über die Staatsgrenze ermöglicht zu haben. Die Kosten des Verfahrens erster und zweiter Instanz trägt die Staatskasse. Unter großer Spannung nahm die dichtgedrängte Zuhörerkreis das Urteil entgegen.

Die "Voss. Ztg." bemerkt zu dem freisprechenden Urteil: "Es rehabilitiert nicht nur Otto Ulik, den Führer des Deutschen Volksbundes, sondern auch die polnische Justiz."

Der letzte Verhandlungstag.

Am Sonnabend, dem letzten Verhandlungstage im Ulik-Prozeß, wurden noch Assessor Libera, der Syndicus des Volksbundes, der Geschäftsführer der Bezirksvereinigung Katowic des Deutschen Volksbundes Alexander Walden sowie die früheren Angestellten des Volksbundes Wuzik und Neubauer vernommen. Assessor Libera sagt aus, daß er die angeblich von Ulik dem Deserter Bialucha ausgestellte Bescheinigung erst von den Verhandlungen vor der ersten Instanz her kennt. Er sei davon überzeugt, daß dieses Dokument eine Fälschung darstelle, was er aus der ungeschickten Sabotage, die Art wie die Jahreszahl geschrieben wurde, ferner aus mehreren orthographischen Fehlern und der eigenartigen Schreibung des Gedankenstrichs nach dem Schlussspunkt des Satzes annehmen müsse. Auf die Frage des Verteidigers, was er von der Entlassung der Belastungszeugin Wuzik halte, erklärte der Zeuge: "Als der Leiter des Überzeugungsbüros Ulik darauf aufmerksam machte, daß die Wuzik verdächtigen Umgang habe und vorschlug, sie zu entlassen, sagte Ulik, daß dazu kein Anlaß bestünde, weil man im Volksbunde nichts zu verheimlichen habe." Walden gab genaue Auskünfte über die Aussistung von Mitgliedsarten und erklärte, daß Bescheinigungen derart wie sie im Falle Bialucha vorliegt, in seinem Bureau nicht ausgestellt wurden.

Die Nachmittagsverhandlung wurde mit der Vernehmung der

Belastungszeugin Wuzik

eröffnet. Es fällt auf, daß die Zeugin recht elegant gekleidet ist, obwohl sie nach ihrer eigenen Angabe stellungsfrei ist. Im übrigen ist aus ihr nicht viel mehr herauszubringen, als jenes „ich weiß mich nicht zu erinnern“, was ja leicht auswendig zu lernen ist. Sie erklärte, daß sie sich schon seit jeher mit dem Gedanken getragen habe, ihrem Vaterland aus Patriotismus zu dienen. Weil sie

Panflavin-
PASTILLEN
zum Schutz
gegen
Halsentzündung u. Erkältung.
In allen Apotheken erhältlich.

Das schönste Stückchen leistet sich aber das Radio. Polki. In einer durch Radio am Freitag abend um 11 Uhr verbreiteten Meldung, stellt diese famose Institution fest, die Verbindungen des Deutschtumsbundes mit Berlin seien u. a. dadurch schlagend bewiesen, daß als Verteidiger der Angeklagten Rechtsanwalt Spitzer aus Berlin herangezogen worden sei! Wir stellen unsererseits dazu fest, daß Rechtsanwalt Spitzer in der Nähe der Pfostenstadt Gnesen geboren und aufgewachsen ist, seine Rechtsanwaltspraxis in Bromberg ausübt und Abgeordneter des polnischen Sejm ist. Im übrigen leistet sich auch die amtliche Polnische Telegraphenagentur diesen Schnitzer und behauptet, Rechtsanwalt Spitzer käme aus

Auf solchen Vorbeeren ruht der Ruhm der Kollegen von der anderen Seite!

Knappe Mehrheit für das Kabinett Brünning.

Stimmenfreigabe bei den Deutschnationalen.

Mit der Auflösungserklärung in der Tasche hat das Reichskabinett Brünning am Sonnabend in zweiter Lesung mit 217 gegen 205 Stimmen, also nur mit knapper Mehrheit die Annahme seines Finanzprogramms im Reichstag erzwungen. Dieser Erfolg ist vornehmlich den 31 deutschnationalen Abgeordneten zu danken, die sich unter der Führung des Grafen Westarp für die Regierung anträge entschieden, während 23 andere deutschnationale Abgeordnete mit dem Parteiführer Hugenberg und dem Fraktionsführer Oberfohr an der Spitze mit Nein stimmten.

Vor der mit Spannung erwarteten Abstimmung gab es eine dramatische Diskussion, an der sich die Abgeordneten Breitscheid (Sozialdem.), Esser (Bentrum), Torgler (Kommunist.), Koch-Weser (Demokrat.), Stöhr (Nationalsoz.), Hergt (Deutschpart.), Dörrig (Christl.-nat. Bauern), Scholz (Deutsche Volksp.), sowie der Reichsfinanzminister Moldenhauer beteiligten.

Bor einem Generalstreit in der englischen Baumwollindustrie.

London, 12. April. Im Bezirk Bradford ist ein Teilstreik der in der Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter, deren erhöhte Lohnforderungen abgelehnt worden waren, ausgebrochen. 1200 Fabriken sind geschlossen, 100 000 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Es wird damit gerechnet, daß in der englischen Baumwollindustrie ein Generalstreik ausbrechen wird. Am Donnerstag abend kam es zwischen den Streikenden und der Polizei zu Kämpfen, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß der Konflikt bald beigelegt werden wird.

nun in den Zeitungen so viel von der "staatsfeindlichen Tätigkeit des Deutschen Volksbundes" gelesen habe, sei sie auf den Gedanken gekommen, sich dort engagieren zu lassen. Zunächst habe sie, da sie nicht in der Lage war, sich selbst ein Urteil zu bilden, nicht gewußt, wie sie das vorgefundene Material verwenden solle. Erst später, als sie Piławski alias Moses Perlstein, den "Spitzel der sogenannten Defensive", in einem Kaffeehaus kennengelernt hatte, und von ihm aufgefordert worden sei, Material zu liefern, habe sie ihre eigentliche Tätigkeit für den Nachrichtendienst aufgenommen. Sie erhielt dafür monatlich etwa 150 £. Über die Art, wie und wem Bescheinigungen für angebliche Militärfestligen ausgestellt worden seien, befragt, verzwickt sich die Zeugin in Widersprüche, und es stellt sich dann heraus, daß sie überhaupt keine Ahnung von dem gesamten inneren Geschäftsverkehr des Deutschen Volksbundes hatte.

Die zweite "Helferin" des Agenten Piławski war die Hedwig Neubauer, gleichfalls recht elegant gekleidet, gleichfalls stellungsfrei und gleichfalls von schwachem Gedächtnis. Sie macht ihre Aussagen, wie im ersten Prozeß in deutscher Sprache. Sie weiß nicht genau, wann sie zu Piławski in Beziehungen getreten ist, sie weiß nicht, wo das war, sie weiß nicht, wann sie die Dokumente zu liefern pflegte, sie weiß nicht, wann sie zurückkam, sie weiß nicht, wo sie sich aufhielt, während Piławski die Dokumente hatte, sie weiß nicht, wer Bialucha gewesen ist, sie weiß, kurz gesagt, überhaupt nichts. Nur eins beteuert sie immer wieder, daß sie, als Piławski an sie herantrat, sich sofort gesagt habe, es sei ihre staatsbürgliche Pflicht, dem Staate zu helfen. Diese Hilfe hat sich die Zeugin, wie sie schließlich selbst leiße zu gibet, mit etwa 150 £ monatlich bezahlen lassen. Im übrigen war, wie gesagt, etwas Konkretes aus ihr nicht herauszubringen, da ihre Aussagen lediglich unter dem Gesichtspunkte standen, sich nicht in Widersprüche zu verwickeln.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Benachrichtigung.

Hiermit geben wir unserer verehrten Kundschafft zur ges. Kenntnis, daß wir, dem allgemeinen Wunsche nachkommend, in dem Schaufenster unserer Firma ein genaues **Zeichniss der größeren Gewinne** der 5. Klasse der 20. Staatslotterie, die bei uns gefallen sind, ausgehängt haben.

Gleichzeitig empfehlen wir unsere **glücklichen Lose** zur 1. Klasse der 21. Staatslotterie zum Preise

1/4 Los 10.— zl., 1/4 Los 20.— zl., 1/4 Los 40,— zl. 4770

Kolekta Loterji Państwowej
„Uśmiech Fortuny“
Bydgoszcz, Pomorska 1. Tel. 39.

Bromberg, Dienstag den 15. April 1930.

Pommerellen.

14. April.

Graudenz (Grudziadz).

Ein neue Verordnung betreffend das Halten von Hunden hat der Stadtpräsident erlassen. § 1 bestimmt, daß alle Hunde, die sich außer dem Hause, in geschlossenen Baulichkeiten oder anderen umzäunten Orten befinden, mit einem Namen, Vornamen und Adresse des Besitzers tragen den Halsband verfehen sein müssen. Von sonstigen Bestimmungen ist hervorzuheben, daß hössartige und gefährliche Hunde, sofern sie frei umherlaufen, einen Maulkorb tragen müssen. In öffentlichen Lokalen, Restaurants, Schankstätten, Konditoreien, Lebensmittelläden dürfen keine Hunde mitgebracht werden, in Gartenlokalen nur mit Genehmigung des Inhabers; in letzterem Falle sind die Hunde aber an der Leine zu halten. Verboten ist, auf Friedhöfe Hunde mitzunehmen. In öffentlichen Anlagen und deren Nähe, auf Sport- und Rasenplätzen sind Hunde an der Leine zu führen. Die Hundebesitzer haben darauf zu achten, daß die Hunde nicht durch anhaltendes Bellen die Nachtruhe stören. Den Bestimmungen der Verordnung zuwider frei umherlaufende Hunde werden durch speziell dazu bestimmte Personen aufgegriffen. Falls die eingefangenen Hunde nicht innerhalb drei Tagen gegen 3 Gr. Gebühr, 5 Gr. tägliche Futterkosten und andere eventuell entstandene Kosten ausgekauft werden, erfolgt Verkauf oder Tötung der Hunde. *

Der Brotzeitpreis beträgt hier zurzeit 0,84 Zloty für zwei Kilogramm, ist somit um 8 Groschen erhöht worden. Auffallenderweise ist der Erhöhung keine amtliche Bekanntmachung vorangegangen, wie es doch sonst bei Änderungen des Brot- oder Fleischpreises der Fall zu sein pflegt. *

An die rechtzeitige Einreichung der Einkommensteuererklärungen, deren Endtermin seinerzeit bekanntlich auf den 1. Mai verschoben wurde, erinnert das Finanzamt. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Pflicht zur Abgabe dieser Erklärungen bei einem Einkommen von mehr als 1500 Zloty jährlich beginnt. Nicht zur Einreichung der Erklärungen verpflichtet sind diejenigen, deren Hauptinkommen aus einem Handelsunternehmen mit Patent 4. und 5. Kategorie, und in Ortschaften 3. und 4. Klasse diejenigen, die ein Patent 3. Kategorie ausgewaucht haben. Ebenso brauchen auch diejenigen keine Erklärung abzugeben, die ihr Einkommen aus industriellen oder handwerklichen Unternehmen erzielen, die frei von der Patentauskunfts-pflicht sind, bzw. industrielle Unternehmen mit Patent 8. Kategorie. Bei Nichteinreichung der Einkommensteuererklärungen setzt die Behörde eigenmächtig den Steuer-satz fest, außerdem erfolgt Bestrafung. *

Der Bau von Wohnhäusern durch die staatliche Ansiedlungsversicherung in Posen in unserer Stadt, der seinerzeit hoffnungsvoll angekündigt wurde, soll, wie jetzt verlautbar wird, in diesem Jahr leider nicht mehr erfolgen. Dafür aber soll das nächste Jahr dieser schönen Ansicht Erfüllung bringen. *

Mit der Erbauung der Kanalisation vom Tüscher-damm (Tuszwiszka Grobla) bis zur Gummifabrik (PepeGe) bin wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Ausführung dieser Arbeiten sichert einer Anzahl Erwerbslosen Arbeit und Brot. *

Der letzte Wochenmarkt wies recht erhebliche Zufuhr auf. Ihr entsprach auch, zumal mit Rücksicht auf das vor der Tür stehende Osterfest, das Kaufbedürfnis der zahlreichen Restauranten, so daß sich ein reges Marktstreben entwickelte. Butter kostete 2,50—2,80, Eier 1,80—2,00, Weißfleisch das Stück 0,20—0,60. In Geflügel waren Tauben das Paar für 2,20, Hühner für 4,00—8,50, Puten für 12,00—15,00, Enten für 8,50 zu haben. Der Gemüsemarkt brachte Salat mit 0,25—0,35 das Köpfchen, Spinat 0,80—0,90, Sauerkraut 0,25—0,30, Radischeschen 0,25—0,30. Von Pilzen sah man Morcheln, die pro Liter 1,40 kosteten. Für Kartoffeln, von denen besonders viele zu Schätzwecken aufgefahren waren, zahlte man 2,50—4,00 pro Zentner, 0,05 pro Pfund. Auf dem Fischmarkt gab es Karauschen für 2,00, Hechte für 2,00, Silberlachs 3,00, kleine Barsche 0,90—1,00, große Barsche 1,50, Barben 2,00, mittlere Schleie 2,00, frische Flundern 0,80, grüne Heringe 0,40, Stinte drei Pfund 1,00. Der Blumenmarkt enthielt im Freien gezogene Lenzes-blumen, wie Stiefmütterchen (Stände 0,25), Aurikeln (0,30),

Nelken (0,15—0,50), Tausendschönchen (0,20—0,30); außerdem waren Anemonen, Veilchen, Leberblümchen, Kusshelle usw. vertreten. Das Sträuschen wurde mit 0,10—0,20 bezahlt. *

× Fünf Betrunkenen und drei Diebe waren gemäß dem Sonnabend-Polizeibericht zum Kommissariat zu bringen. An Diebstählen registriert der Bericht nachstehende drei Fälle: Dem Schuhmachermeister Jan Balas, Altestraße (Stará) 10, sind Damenschuhe im Werte von 120 Zloty, der Frau Maria Maryniak, Mühlstraße (Młyńska) 12, aus der Wohnung 250 Zloty, sowie Konrad Winniewski aus Gr. Sibau (Bzow), Kreis Schwedt, ein Fahrrad vom Terrain des Graudenzer Schlachthofes entwendet worden. *

Vereine, Veranstaltungen etc.

Kein Osterei — ein Osterbuch! Unter dieser Devise hat die Buchhandlung Arnold Kriede, Grudziadz, mit sehr geschmackvoll ausgestatteten Osterbilderbüchern eine Schauenausstellung veranstaltet. Aber auch für Erwachsene bietet die Buchhandlung Kriede durch die neuen wohlschmeidenden Ausgaben moderner Schriftsteller Ostergeräte von bleibendem Wert. In einem anderen Schaufenster sind Briefkassetten, Füllfederhalter und andere Gegenstände ausgestellt, die sich auch besonders als Ostergeschenke eignen. In Osterpostkarten wird eine sehr reiche Auswahl geboten. Doch können die Schaufenster nur einen kleinen Ausschnitt der großen Auswahl bieten; es empfiehlt sich daher, in den Verkaufsräumen die in Aussicht genommenen Geschenke sich unverbindlich vorlegen zu lassen. (4776) *

Thorn (Toruń).

Gastspiel von Hertha Feist-Berlin.

Der vergangene Sonnabend brachte uns einen Tanzabend von Hertha Feist. Wenn ihr Name bis dahin nur einem kleinen Teile der hiesigen Bevölkerung bekannt war, so ist dies ein Beweis dafür, wie wenig — selbst die besten Kritiken — den Namen und Ruhm eines Künstlers in weite Kreise tragen können und wie sehr dazu persönliche Einwirkung des Künstlers auf das Publikum notwendig ist. Wir sind dem Vorstand des Vereins der Kunstmfreunde aufrichtig dankbar dafür, daß er uns als — wie wir hören, in dieser Saison leider letzte Veranstaltung — ein so wirkungsvolles Gastspiel brachte.

Hertha Feist ist eine Meisterschülerin Rudolf von Labans, der der Tanzkunst vollständig neue Wege gewiesen hat. Sie wirkt in seinem Geiste. Ihr vollständig ebenmäßiger, in allen Gliedern harmonisch durchgebildeter, junger Körper ist jeden, selbst des tiefsten und höchsten Ausdrucks fähig.

In den meisten Nummern ihres reichhaltigen Programms bot Hertha Feist wahre Spitzenleistungen. Offenbar entspricht ihrem Wesen mehr die ernste Seite des Tanzes, wenngleich sie auch durch heitere Tänze faszinierende Wirkungen zu erzielen verstand.

Besonders starken Eindruck machten wohl „Blauer Stunde“, „Variationen“ und „Ballung“. Während Hertha Feist in dieser letzten Nummer die schwersten Seelenkämpfe plastisch greifbar gestaltete, lag über dem Saal atemlose Stille, jeder schaute in gespannter Erwartung auf die Künstlerin und erst, als die versteinbilden Seelenkämpfe eine befriedende Lösung fanden, fühlte auch das Publikum sich wieder befreit.

Die Künstlerin erzielte bei dem sehr zahlreich erschienenen Publikum stärksten Erfolg, an dem auch die farbenprächtigen, stilvollen Gewänder ihren Anteil hatten. Anhaltender rauschender Beifall zwang die Künstlerin zweimal zur Wiederholung des Gebotenen. — Außerdem brachte der Verein seinen Dank an die Künstlerin durch eine schöne Blumenspende zum Ausdruck.

Es besteht wohl allgemein der Wunsch, Hertha Feist bald wieder hier zu sehen. Offenbar werden sich dann dem Vorgeben des Vereins der Kunstmfreunde in Thorn auch unsere Nachbarstädte Bromberg, Posen und Graudenz anschließen, falls sie nicht schon vorher das Vergnügen wieder gutgemacht haben. Alle diejenigen, die am Sonnabend nicht erscheinen konnten oder wollten, haben einen Genuss von seltener Reinheit und Schönheit verfügt.

Bemerkt sei noch, daß Hertha Feist sehr wirkungsvoll durch den Pianisten Walter Kämpfer-Berlin unterstützt wurde, dem es noch am Nachmittag — unmittelbar vor der Aufführung — gelungen war, mit Hilfe von vier jungen Damen eine vorzügliche, durch ergakes Zusammen-



denn wir sind die Lieferanten von Milch, Öl und Eiern für VITELLO Delikatesse-Margarine und deshalb gelingen mit diesem reinen Naturfett auch alle Oster-spezialitäten und Bäckereien so gut. Also liebe, kluge Hausfrau Zum Kochen, Braten, Backen und als Brotaufstrich

nimm immer
VITELLO
das reine Naturfett

spiel auffallende kleine Hausskulpturen zu bilden, in der Kastagnetten, Trommel, Gong und Flexaphon die Darbietungen der Künstlerin in eigenartiger Weise unterstütteten. v. A.

v Bevölkerungsstatistik. Im Monat März wurden in Thorn 113 Geburten registriert, darunter 54 Knaben und 59 Mädchen; 8 Knaben und 9 Mädchen wurden unehelich geboren und 2 Kinder kamen tot zur Welt. Gestorben sind in demselben Monat 73 Personen und zwar 33 männliche und 40 weibliche. Dem Lebensalter nach starben 10 Personen im Alter von über 60 Jahren, 20 im Alter von 20 bis 60 Jahren, 5 im Alter von 10—20 Jahren, 7 Kinder im Alter von 2—10 Jahren und 31 Kinder im Alter bis zu 2 Jahren. Eheschließungen wurden 8 vollzogen. *

v Wagen und 1345 Zloty unterschlagen. Am Freitag nachmittag hatte die Inhaberin des Versandgeschäffes in der Schlosserstraße 10, Trisch, den 18jährigen Boten Valentin Smietkowski, wohnhaft Graudenzstraße 148, mit einem Wagen und 1345 Zloty Bargeld zur Fahrt geschickt. Der Bote ist bisher nicht zurückgekehrt. Den Wagen im Werte von 875 Zloty hat er jedenfalls verkauft und den Erlös zusammen mit dem Bargeld für sich behalten. Sw. soll mit zwei jungen Burschen, von denen einer erst kürzlich aus der Gefangenengangshaft in Konitz entlassen wurde, gefahren worden sein. Auch der Handwagen konnte bisher nicht aufgefunden werden. Polizeiliche Ermittlungen sind im Gange. Zweckdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei entgegen. *

v Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnen. Am Sonnabend morgens 7.30 Uhr stießen in der Breitestraße zwei Straßenbahnen, die von den Kondukteuren Jan Lesniowski und Jan Stasiak geführt wurden, zusammen. Der Materialschaden ist gering. *

v Kohlenliebstahl. Von dem Kohlenlagerplatz der Firma Kryszczynski und Zwierzynowski in der Uferstraße wurde von unbekannten Tätern eine größere Menge

Graudenz.

statt Karten.
Für die anlässlich unserer Silber-hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten lagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Otto Goehle und Frau Amanda geb. Dombrowski. Graudenz, den 8. April 1930.

Oster-Bilderbücher
Oster-Bücher
In eleganter billiger Ausstattung
für Erwachsene
Brief-Kassetten
Füllfederhalter
und andere gefällige
Oster-Geschenke
Oster-Postkarten.
Ich bitte die Schauens-
Ausstellungen zu beachten.

Arnold Kriede
Grudziadz
Mickiewicza 3.
Telefon 85.

Werbung für den Neubau des deutschen Gymnasiums in Graudenz.
Werberundschreiben durch die Geschäftsstelle des Deutsch-Schulvereins Graudenz, Mickiewicza 15.

Elektr. Licht- Kraft- und Klingelanlagen führt aus u. repariert schnell u. preiswert Ad. Kunisch, Toruńska 4, Tel. 196.

Emil Romeo Papierhandlung Toruńska Nr. 16 Telefon. Nr. 433.

Zum neuen Schuljahr finden noch einige Schülerinnen u. Schüler in meiner Villa, mit Zentralheizung angenehme und gute Pension. Garten und Spielplatz am Hause. Frau Else Benzke, Graudenz, Niestana 6.

4775

Schutzverband selbständiger Kaufleute zu Grudziadz.

Mittwoch, den 16. April 1930
abends 8 Uhr im Saale des „Goldenen Löwen“

Hauptversammlung
zu der unsere Mitglieder eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht
2. Kassenbericht
3. Vortrag des Herrn Direktor Gerlich über „Ursprung unserer wirtschaftlichen Not“
4. Vortrag des Herrn Dr. Ptoł
5. Steuerfragen
6. Vorstandswahl
7. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung haben nur Mitglieder Zutritt. Gäste können nach Anmeldung bei dem Vorstand eingeladen werden. Wir bitten um vollzähliges Erscheinen. Der Vorstand Arnold Kriede.

4617

J. Bayer, Dramasz
Moderne Herrenschneiderei
Beste Verarbeitung. 1576 Solide Preise.

Thorn.

Denkt an die Ostergrüße!
Oster-Karten

in größter Auswahl

empfiehlt

Justus Wallis, Papierhandlung, Toruń.

Zum Fest!

Zempelburg.
Anzeigen-Aufträge
für die
„Deutsche Rundschau“
in Polen
nimmt zu Originalpreisen am hiesigen Platze
entgegen
R. Stahr, Zempelburg,
ul. Sienkiewicza 50, I,
(im Hause des Herrn Karl Schwarz).

Die Chemie hilft der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft ganz Europas liegt über immer schwierigere Verhältnisse, steigende Verschuldung, ungünstige Preise für ihre Produkte und die Unmöglichkeit des Vöggenabfalls. Nun will in Deutschland eine andere Wissenschaft, die Chemie, der bedrohten Schweizer zu Hilfe eilen und ihr Wege zeigen, um bisher als Abfälle behandelte land- und forstwirtschaftliche Produkte durch Umwandlung in nutzbringende Chemikalien im Wert zu steigern und damit auch die Landwirtschaft gewinnbringender zu gestalten.

Deutschland zahlt jährlich etwa 700 Millionen Mark an das Ausland für die Einführung von 3 bis 4 Millionen Tonnen an Gerste und Mais für die Viehfütterung. Wäre es nicht möglich, aus Abfallstoffen billigere Nahrung für die als Allesfresser bekannten Schweine zu finden? Es ist dies zumindest für jene Gruppe von Nahrungsmitteln gelungen, die man unter dem Namen der Kohlenhydrate zusammenfaßt. Sie stehen uns in größter Menge in Form von Zellulose im Holz zur Verfügung, können aber in dieser Form nicht verdaut werden. Dies bringt die Verdauungsfäste nicht zu Stande, da bedarf es einer stärkeren äußeren Einwirkung. Eine solche fand Willstätter 1913 in Gestalt einer 40prozentigen Salzsäure. Kocht man das Holz mit ihr, dann geht es allmählich in eine Art Zucker, den Holzaufzucker über. Soweit funktionierte das Verfahren im Laboratorium. Nun kam aber die große Schwierigkeit, die Zuckerlösung von der Salzsäure unter Rückgewinnung der letzteren zu trennen. Dies gelang erst Vergius, der seit 1916 an diesem Problem gearbeitet und nach dessen Plänen in Genf eine Anlage in Betrieb genommen wurde. In dieser kann täglich eine zunächst noch geringe Menge Holzaufzucker erzeugt werden, daß das fein zerteilte Holz von der Salzsäure ausgelöst wird, worauf die entstandene Zuckerlösung mit stark überhitzen Gasöl durchgewirbelt wird. Dieses überträgt die Hitze auf die Salzsäure, die ausgetrieben wird, in Dampfform aufsteigt und wieder kondensiert wird. Zuckerlösung und Öl können leicht von einander getrennt werden. Diese Methode gestattet, 60 bis 70 Prozent der in der Pflanze enthaltenen Kohlenhydrate in Zucker umzuwandeln. Die Zuckerlösung wird zu einem Pulver eingetrocknet und, am besten gemischt mit Kartoffelflocken, zu einem Fünftel des Futters den Schweinen verabfolgt. Eine Nebenprodukt des Verfahrens ist das Bignin, das zu Brülets geprägt und verbrannt wird, ferner Essigfärne.

Den gleichen Zweck suchen die Scholler'schen Patente, die in der Brennerei Tornesch in Holstein in die Praxis umgesetzt werden, in ähnlicher Weise zu erreichen. Hier wird die Zellulose in der Hitze und unter Druck in Zucker verwandelt, aber die anfallenden Zuckerlösungen sind so dünn, daß ein Enddampfen nicht lohnt. Sie werden also zu Alkohol vergoren. Für dieses Verfahren wurden von der Reichspräsidialmonopolverwaltung 35 000 Hektoliter freigegeben. Man kann so aus 180 Kilogramm feuchten Stämmespänen 24 Liter absoluten Alkohol bekommen, und da die Selbstkosten für den Hektoliter nur 20 Mark, der Übernahmepreis ca. 60 Mark beträgt, dürfte eine gute Rentabilität gegeben sein.

Natürlich kommen als Rohstoff für die Verfahren nur Holzabfälle in Frage, also Brennholz, Knüppel, Reisig, Sägespäne. Um für diese Abfälle noch andere nutzbringende Verwendungen zu finden, wurde die Versuchsstation für Holz- und Zellstoffchemie in Eberswalde gegründet, die schon einige Erfolge aufweisen kann. Holzabfälle werden mit Bindemitteln, wie Leim und Harz zu Kunsthölzern zusammengepreßt oder mit Zement zu Holzgerüsten verklebt, der sich für den Innenausbau von Gebäuden sehr gut eignet.

Auch die Amerikaner, deren Landwirtschaft unter den gleichen Sorgen leidet, wie die europäische, suchen in ihren Laboratorien eifrig nach chemischen Verwertungsmöglichkeiten für Abfälle. Der Vorläufer dieser Idee, Professor Sweeney vom staatlichen College in Loma, hat große Erfolge erzielt. Kürzlich wurde mit einem Kapital von einer Million Dollar eine Gesellschaft gegründet, die hauptsächlich die Maisstengel, von denen jährlich 150 Millionen Tonnen abfallen, nutzbringend verwerten will. Auch aus diesen Stengeln kann man wie aus Holz Zellulose erzeugen und sie weiter verarbeiten. Man gewinnt also jetzt aus ihnen etwa 12 Millimeter dicke Pappe besonderer Härte, die wie Holzfurnier gesägt und genagelt werden kann, als Hauptprodukt. Werden die Fasern völlig von einander getrennt, zerrissen und mit Bindemitteln verklebt, so entsteht eine besondere Art von Tafelzement, der Maiszolith. Diese Kunstmasse eignet sich zur Erzeugung von elektrischen Isoliermaterialien, geräuschlos laufenden Triebwerken u. a. m. Aus 100 Pfund trockener Maisstengel erhält man ferner 24 Pfund einer Furfurol genannten Flüssigkeit, die als Lösungsmittel oder zusammen mit Karbolsäure zur Herstellung von Kunsthars dient. So entstehen aus einem ungewöhnlichen Abfallprodukt die herrlichsten Schmuckgegenstände in leuchtenden Farben, Steine und Ketten und Hausräume aller Art. Damit ist der Nutzen der Maisstengel noch nicht erschöpft. Sweeney konnte aus ihnen auch einen neuen Süßstoff, dreihundertmal süßer als Zucker, gewinnen, doch meint er, daß man aus diesem Rohmaterial gewiß 3000 verschiedene Chemikalien erzeugen könne.

Und ähnlich geht es mit vielen anderen Abfällen der Landwirtschaft. Stroh, Spreu und Kleie verschiedenster Pflanzen können in ähnlicher Weise verwertet werden. Aus Reisstroh macht man schon seit langen Zeiten in Japan Papier. Man kann diese Dinge auch weiter zu Furfurol, Holzaufzucker in der geschilderten Weise, Essig, Methylesthol, Ortsäure, Teer, verarbeiten. Die riesigen Mengen von Ananaschalen, die bei der Verarbeitung dieser Frucht zu Konserven abfallen, werden in Hawaï nach dem Verfahren eines Forschers in San Francisco zu Sirup, Zucker, Bitronensäure und anderen verkauflichen Waren aufgearbeitet. Aus den Zuckerrohrstengeln stellt man Wandverkleidungen und Material zur Isolierung gegen Hitze und Schall her, aus Tabakabfällen Nitroin zur Infektionsbekämpfung.

Hier liegt für die Landwirtschaft noch ein weites, unerwartetes Gebiet für eine neu zu schaffende landwirtschaftlich-chemische Industrie, die die schweren Lasten mit tragen hilft und für die einige Ansätze schon vorhanden sind.

Moratorium für Ostpreußen.

Berlin, 12. April. (PAT) Die Deutschnationale Partei hat gestern im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach für die finanziell bedrohte Landwirtschaft in den Ostprovinzen des Reichs ein Moratorium befohlen werden sollte.

An alle Automobilisten!

Wir wenden uns an alle! An solche, die bereits unsere Kunden sind ebenso, wie an jene, die es noch nicht sind. Wir wollen Tatsachen mitteilen, die für alle Automobilisten gleich neu, gleich interessant, gleich wertvoll sind. Es geschieht dies in erster Linie in unserem Interesse und zu unserem Vorteil, denn wir wollen die große Anzahl von Abnehmern unserer Produkte noch erhöhen. Wir konstatieren dies ehrlich, fügen aber hinzu, daß Ihr Vorteil nicht geringer sein wird als der unsrige, denn unsere Produkte sind so gut, als sie nach dem heutigen Stand der Technik überhaupt sein können.

Dies behaupten wir, weil wir davon überzeugt sind, und wir sind davon überzeugt, weil wir es beweisen können.

Nicht mit schönen Phrasen und allgemeinen Reklameschlagworten, sondern an Hand genauer Ziffern und mit unwiderlegbaren Tatsachen werden wir den Beweis führen.

Bitte, beachten Sie unsere nächsten Inserate!

VACUUM OIL COMPANY S.A. CZECHOWICE-WARSZAWA

Deutsche Reparationsgelder in Frankreichs Rüstung.

In den nächsten zehn Jahren steigt die Summe, die jährlich an deutschen Reparationen gezahlt werden muß, von 1,8 auf 2,1 Milliarden Mark. Von diesen sind auch alle kleinen und kleinsten Staaten zu befriedigen, die sich dem Feindbunde aus mehr oder weniger edlen Motiven anschlossen: Portugal, Griechenland und Polen; Deutschland zahlte an Japan, Rumänien und Süßlawien; mehr an die größeren Gegner, weitauß am meisten an Frankreich.

Wie verwendet Frankreich diese Gelder? Nehmen wir allein das Jahr 1930, so sind hier unter Zusammenrechnung aller Rüstungsausgaben, die geschickt in den Etats der verschiedenen Ministerien versteckt sind, für den Heeresetat — ohne Marine — rund 2,01 Milliarden Goldfranks oder 2,5 Milliarden Mark eingesetzt. Diese Summe stellt über $\frac{1}{4}$ der französischen Gesamtausgaben dar. Das besagt, daß Deutschland 11,5 vom Hundert der französischen Heeresausgaben bestreitet — ohne die deutschen Sachlieferungen zu berücksichtigen, die zum Teil ebenfalls zum Ausbau der Festungen verwandt werden.

In diesem Jahre hat Frankreich seine Heeresausgaben um 766,3 Millionen Goldfranks gegenüber dem Vorjahr erhöht. Der neue französische Heereshaushalt ist ein deutscher Beweis dafür, daß Frankreich mit allen Kräften aufrüstet, und das jetzt noch, zehn Jahre nach dem Versailler Frieden, der es zur Abrüstung verpflichtete. Bei solchen Tatsachen klingt das Wort vom französischen Verständigungswillen wie bitterer Hohn, sowohl im Munde eines Franzosen, wie erst recht im Munde eines Deutschen.

Ungeheuer sind allein die Ausgaben Frankreichs für Befestigungen an seiner Ostgrenze. Ganz Elsaß-Lothringen wird zur Zeit in eine große Festung umgewandelt. Befestigungszenen von durchschnittlich 15 Kilometer Tiefe ziehen sich von der italienischen Grenze bis zum Anschluß an das belgische Befestigungssystem. Diese Zonen bestehen aus permanenten Werken, also betonierten Stützpunkten mit Maschinengewehren und leichten Geschützen, dahinter Batteriestellungen und Munitionssdepots, und noch weiter rückwärts gas- und feuerfester Unterstände für die Reserven. Das alles umzogen von starken Hindernisgräben und untereinander verbunden durch unterirdische Verbindungswege. Durch das Gelände bevorzugte Abschnitte werden zu besonderen Widerstandszentren ausgebaut. Dazu gehört ein großräumiges Netz von Bahn- und Straßenbahnen, das es gestattet, gewisse Befestigungsanlagen, Truppen und Geschütze, auch Tanks, schnell an die gefährdeten Abschnitte zu bringen. So hat man eine Mittellösung zwischen den permanenten und der nur selbstmäßigen Befestigungsart gefunden. Ende 1931 soll ein wesentlicher Teil, 1934 die ganze Arbeit beendet sein.

Es ist einleuchtend, daß diese Arbeiten Millionen verschlingen. Und wozu das alles? Deutschland hat abgerüstet. Nur die hysterische Angst des Franzosen führt zu dieser völlig sinnlosen Vergeudung. Aber selbst für den zur Zeit völlig unmöglichen Fall eines künftigen Krieges um Frankreichs Ostgrenze: die Kriegskunst war noch stets veränderlich, in 50 Jahren sind diese Maulwurfsarbeiten sicherlich keinen Pfifferling mehr wert.

Der Unrat über diese Verschleuderung wertvollen Vermögens wächst. Owen Young hielt eine vielbeachtete Rede, die deutlich auf diese Tatsachen hinaus. Große Blätter knüpften daran die Betrachtung, daß Frankreich ohne Reparationen viel besser daran sein würde. Man solle eine allgemeine Streichung der Kriegsschulden vornehmen; Frankreichs Neigung zu See- und Landrüstungen folge nur aus seinem Überschuss an Reparationsgeldern. Deutschland sei

berechtigt, gegen die Verwendung seiner Reparationsgelder zu Rüstungszwecken lebhaft zu protestieren.

U.

Aufstand gegen den türkischen Diktator.

Athen, 12. April. Der griechischen Presse zufolge ist in Trapezunt eine Revolte ausgebrochen, die sich gegen die letzten Anhänger Kemal Paschas richtet. Der Aufstand nimmt immer mehr an Umfang zu, sämtliche Telephonverbindungen mit Trapezunt sind unterbrochen. In Konstantinopel und in Angora wird die Situation, die sich durch den Aufstand herausgebildet hat, sehr pessimistisch beurteilt.

Auch aus Belgrad meldet die "Prawda", daß in Konstantinopel bereits Meldungen über den Umfang des Aufstandes in Trapezunt eingegangen sind. Augenblicklich konzentrieren die Aufständischen ihre Kräfte, über die sie verfügen. Die Regierung hat starke Militäraufstellungen nach Trapezunt entsandt, über den Ausgang des Kampfes liegen jedoch noch keine Meldungen vor.

Berhaftung eines russischen Legationsrats.

Berlin, 12. April. (PAT) Die Telegraphen-Union meldet aus Moskau, daß der Legationsrat der sowjetrussischen Gesandtschaft in Kowno Rabinowicz durch die Tscheka an der russisch-lettischen Grenze verhaftet und unter starker Bedrohung nach Moskau geschafft worden ist. Rabinowicz droht die Todesstrafe. Polnischen Meldungen zufolge erfolgte die Verhaftung unter dem Verdacht, daß Rabinowicz mit einem gewissen Gordon, den die Tscheka beschuldigt, Auslandswaren nach Moskau geschmuggelt zu haben, zusammengearbeitet hat. Vorher wurde auch die Frau von Rabinowicz verhaftet, die eine bedeutende Rolle in der Organisation der Schmuggler gespielt hat.

Ermordung eines russischen Kuriers.

Moskau, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) In den Eisenbahnzügen, der zwischen Moskau und Charkow verkehrt, wurde gestern der Kurier der Moskauer Zentrale der Tscheka ermordet; ihm wurden sämtliche Dokumente, die den Prozeß gegen die ukrainischen Führer betrafen, abgenommen. Der Mord wurde erst in Charkow entdeckt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen unter den Eisenbahnmännern vorgenommen, der Täter hat man jedoch bis jetzt nicht habhaft werden können.

Die Anträge im Charkower Prozeß.

21 Todesurteile gegen ukrainische Intellektuelle.

Riga, 12. April. In dem Prozeß gegen 45 ukrainische Agitatoren, der bereits eine geraume Zeit das Charkower Gericht beschäftigt, beantragte der Generalstaatsanwalt die Todesstrafe für 21 Angeklagte. Um eine entsprechende Atmosphäre für die zahlreichen Todesurteile gegen hervorragende Vertreter der ukrainischen Intelligenz zu schaffen, veranstalteten die Kommunisten Massenversammlungen, in denen Entschließungen mit der Forderung gefaßt werden, gegen sämtliche 45 Angeklagten auf Todesstrafe zu erkennen. Die Tscheka hat, nachdem sie aus verschiedenen Bezirken der Ukraine die Nachricht von einer starken Unruhe erhalte, die durch den Prozeß unter der Bevölkerung hervorgerufen wurde, die Bevölkerung besonderer Abteilungen angeordnet. Russische Zeitungen bringen gleichlautendezensurierte Berichte über den Prozeßverlauf.

Ulliz freigesprochen.

(Fortsetzung des Ulliz-Prozesses.)

Damit wurde die Beweisaufnahme geschlossen, und

Rechtsanwalt Dr. Bay

ergriff das Wort zu einer dreiviertelstündigen, vorzüglich durchdachten Verteidigungsrede, in der er die Anklage vollständig zerstürzte. In Anbetracht des so viele Lügen aufweisenden "Beweismaterials", das die polnische Presse seinerzeit zu so schweren Verdächtigungen gegen das Deutschland in Polen benutzte und dem polnischen Außenminister Sleski in Genf und Lugano Veranlassung gab, den Deutschen in Polen antistaatliche Umtreibe, Hochverrat und Spionage vorzuwerfen, hatte

der Staatsanwalt

einen sehr schweren Stand. In einer gewundenen Rede suchte er aber doch die Belastungszeugen trotz der ihnen nachgewiesenen unlauteren Vergangenheit und der Gedächtnisschwäche als glaubwürdig hinzustellen. Die Auslagen der Entlastungszeugen bagatellisierte der Staatsanwalt und auch die Bekundungen der Schriftsachverständigen Dr. Bischof und Kwieciński fanden angesichts des Gutachtens des Autodidakten Dr. Pröl keine volle Anerkennung. Die Anklagerede schloss mit dem Antrage, die Strafe gegen Ulliz zu erhöhen und die Bewährungsstrafe aufzuheben.

Das letzte Wort.

In seinen letzten eindrucksvollen Ausführungen erklärte Ulliz zunächst zur Anklage: sie behauptete, daß er einem Menschen zur Desertion verholfen habe: "Ich bin 15 Jahre Angehöriger der preußischen Armee gewesen", darunter neun Jahre als Offizier. In der preußischen Armee galt Defection als Ehrlösigkeit, und ich würde niemals derartige Handlungen unterstützt haben. Mit dem Wechsel der Staatsangehörigkeit haben sich meine Ehrgedanken nicht gewandelt. Ich erblieb daher eine Differenzierung in der Anklage und auch in der Urteilsbegründung der ersten Instanz, da mir darin der Vorwurf gemacht wird, daß ich mich nur nach außen hin loyal hinzustellen versucht hätte.

An einer anderen Stelle spricht das gleiche Urteil davon, daß ich aus Furcht vor Strafe durch ein vorsichtiges öffentliches Auftreten meine wahren Absichten zu verschleiern suchte. Beweise dafür sind jedoch nicht erbracht. Ich habe niemals auch nur den Versuch gemacht, mich als polnischen Patriot aufzuspielen. Ich weiß aber zu unterscheiden zwischen Patriotismus und Loyalität.

Wie man auch immer die Grenzen der Staaten ändern würde, immer würde es nationale Minderheiten geben. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Führer der Minderheiten ohne Unterschied der Nationalität, allerdings unter starkem Einfluß von deutscher Seite, den Grundfaß aufgestellt, daß sich die Minderheiten mit ihren neuen Staaten abfinden müssen. Man kämpft in diesen Staaten um seine Rechte, aber man ist diesen Staaten staatsverbunden, d. h. man übernimmt ihnen gegenüber sämtliche Pflichten und hat dafür auch Rechte zu fordern. Das ist der ethische Gedanke der nationalen Minderheit. Der Staat hat durchaus Anspruch auf die Loyalität seiner Bürger, aber er muß ihnen die verfassungsmäßigen Rechte geben.

Wenn man heute von Pan-europa spricht, dann tragen die nationalen Minderheiten sehr stark zur Diskussion darüber bei. Eine Staatengemeinschaft wird nicht eher möglich sein, als bis sich die Völker daran gewöhnt haben, als Völker Frieden zu halten. Es ist die große Aufgabe der nationalen Minderheiten, die Brücke zwischen den Völkern bilden zu helfen. So fassen wir unsere Mission auf.

Ulliz richtete dann einen besonderen Appell an das Gericht. "Der Herr Staatsanwalt hat dem Prozeß den politischen Charakter abgesprochen. Ob der Prozeß diesen Charakter hat, entscheidet aber nicht er allein, sondern die öffentliche Meinung, und da gibt es nicht eine einzige Stimme, die der Auffassung des Staatsanwalts beipflichtet. In jedem Staat muß es so sein, wenn

der Staat nicht zusammenbrechen soll, daß nationale und politische Gesichtspunkte die Objektivität der Gerichte nicht beeinflussen dürfen.

Wenn ich zu einer Behörde in Opposition stehe und dabei auf dem Boden des Rechtes verharre, so bin ich noch kein Staatsfeind. Wenn ich aber dazu beitrage, das Vertrauen der Bevölkerung in die Unantastbarkeit des Rechtssystems zu erschüttern, dann rätte ich an den Grundfeinden des Staates. Das ich für mein Volkstum eintrete ist meine Pflicht. Das ich dadurch mit den Behörden in Konflikt gerate, ist nicht meine Schuld. Ich habe mich mit allen Pflichten gegenüber dem neuen Staat abgestanden. Für die Rechte meines Volkstums aber werde ich kämpfen, und zwar mit den Mitteln, die mir das polnische Recht gibt und das internationale Recht verbürgt. Der Nachweis, daß ich mich jemals gegen ein Gesetz vergangen habe, ist nicht erbracht worden. Die Zeugen, die gegen mich auftraten, sind Menschen, die ihre Arbeitgeber verraten haben, und eine derartig widerwärtige Tätigkeit mit dem Mantel des Patriotismus zu verbügen versuchen. Ich hoffe, das hohe Gericht wird meine Ehre wieder herstellen."

Vor dieser Schlusrede des Angeklagten hatte der Staatsanwalt für eine Erhöhung des Strafmaßes plädiert, während der Verteidiger Freispruch beantragt hatte.

Nach einer längeren Beratung verkündete das Gericht das oben erwähnte freisprechende Urteil.

In der

Urteilsbegründung

wird hervorgehoben, daß auf Grund der Beweisaufnahme und der Vertiefung in die Materie nicht als erwiesen angenommen wurde, als ob ein ähnliches Dokument überhaupt existiert habe. Denn dies geht weder aus den dem Gericht zur Verfügung gestellten Akten, noch aus den Akten der Polizei in Neisse hervor. Dieses Dokument habe in der Zeit existieren können, da man das Material gegen den Volksbund gesammelt hatte. Es habe aber auch durch eine dritte Person gefälscht werden können und zur Aufstellung einer Photographie zur Verfügung gestellt worden sein. Das Gericht gibt zu, daß der Sachverständige Professor Kröl ein entzückendes Gutachten abgegeben hat, doch, da als Grundlage eine ungenaue Photographie gedient hat, setzt das Appellationsgericht Zweifel in die Sachlichkeit dieses Gutachtens, was die Sachverständigen bestätigt haben. Das Gericht betont weiter, daß die Zentrale des Volksbundes, die Ulliz geleitet hat, sich mit solchen Sachen (Ansstellung von Bescheinigungen für Militärpersonen) nicht beschäftigt hat.

Feststellung der Blamage.

Zum Freispruch im Ulliz-Prozeß.

Aus Anlaß des Freispruchs, mit dem der Prozeß gegen Ulliz vor dem Kattowitzer Appellationsgericht geendigt hat, schreibt der "Robotnik":

"Wir erinnern daran, daß das Strafurteil des Gerichts sich hauptsächlich auf die Aussagen von Zeugen von der 2. Abteilung, d. h. der sogenannten 'Defensive' gestützt hatte, die gleichzeitig die Ankläger in diesem Prozeß waren. Der einzige sachliche Beweis, der die Schuld von Ulliz erweisen sollte, war die Unterschrift des Volksbundsführers auf einem Dokument, das einem gewissen Deutschen polnischen Staatsangehörigkeit die Desertion erleichtert haben sollte. Ulliz behauptete entschieden, daß seine Unterschrift sowie das ganze Dokument gefälscht war. Die Experten vermochten sich nicht zu einigen, da sie es nicht mit dem Original des Dokuments, sondern mit einer Photographie zu tun hatten. Das gelinde Urteil, das auf 5 Monate mit einem Strafantrag auf 2 Jahre lautete, war ein beredtes Zeugnis davon, daß das Gericht von der Schuld des Angeklagten Ulliz nicht unbedingt überzeugt war.

Und nun spricht das Appellationsgericht Ulliz frei.

Aber dieses freisprechende Urteil ist zugleich ein strenges Verdammungsurteil für die anderen.

Das Kattowitzer Urteil bedeutet, daß die Anklage gegen Ulliz auf ungemein schwache Grundlagen gestützt wurde; daß es nicht festzustellen gelang, daß Ulliz wirklich das ihm belastende Dokument unterschrieben hat; daß die Anklage ein indolentes Machwerk der Defensive ist; daß die Anklage aus politischen Motiven angezettelt wurde.

Die Beamten und Politiker, die es zu diesem Prozeß gebracht und den Namen Polens im Auslande einer Schädigung ausgeetzt haben, müssen die verdiente Strafe erleiden.

Doch nicht nur die unmittelbaren Urheber dieses Prozesses sitzen heute auf der Anklagebank. Es ist uns allen erinnerlich, wie die Sanacja die Ulliz-Sache für ihre Interessen im Kampfe mit ihren Gegnern auszubauen bemüht war. Diese Sache traf mit der Angelegenheit des früheren Ministers Czechowicz zusammen, in der als Hauptankläger von Seiten des Sejm Abg. Liebermann auftrat. Das Sanierungslager suchte, nachdem es die Position des Herrn Czechowicz und des Marshalls Piłsudski nicht zu behaupten vermocht hatte, die Person des Abg. Liebermann als Verteidigers des "Spions" Ulliz zu verunglimpfen! Während langer Wochen beobachtete die Sanierungspresse vor "patriotischer" Entrüstung; der Angeklagte, der nur angeklagt war, wurde im voraus zum Hochverräter, und Liebermann zum Gehilfen des Hochverräters gemacht! Es wurde eine widerliche Kampagne der Demagogie, von Verleumdungen und Chauvinismus entfesselt, die polnisch-deutschen Beziehungen wurden zur Entzündung gebracht, nur zu dem Zweck, um die Czechowicz-Angelegenheit in dieser Aktion ertrinken zu lassen.

"Und was kam dabei heraus? Die Czechowicz-Sache hat man nicht gewonnen und die Ulliz-Sache hat man auch verloren! Die Sanacja selbst hat aus ihrer eigenen Sache von ausgesprochenem politischem Charakter gemacht und sie schmälig verloren!"

Der "Robotnik" schließt: "Das Lager der - Gott erbarme dich - 'moralischen' Sanierung wurde vom polnischen Gericht als ein Lager der Demoralisation und der Schädigung des Staates gebrandmarkt."

Hier ist um der Wahrheit willen zu bemerken, daß sich an der chauvinistischen Hebe aus Anlaß des Prozesses gegen Ulliz die polnische Rechtspresse mit der endekischen an der Spitze mit aller Kraft beteiligt hat. Auch für die oppositionellen Nationalisten stand es im voraus fest, daß Ulliz ein "Spion" und "Hochverräter" und der "Volksbund" eine staatsgefährliche Organisation sei. Jetzt bringen diese "oppositionellen" nationalistischen Blätter nur eine kurze PAL-Meldung über die Freisprechung von Ulliz und tun, als ob nichts dazu zu sagen wäre. Der Ausgang des Prozesses gegen Ulliz wird weder die Sanierung noch die nationalistische Oppositionspresse zur Objektivität befähren. Diejenigen, die ein politisches Interesse daran haben, die deutsche Minderheit in Polen zu verleumden, werden es weiter tun, ohne sich zu schämen, und keiner Behörde wird es einfallen, dieser "patriotischen" Handlungsweise entgegenzutreten.

Die Warschauer "nationale" Presse unterläßt es daher trotz der Kattowitzer Blamage nicht, über den Prozeß gegen den "Deutschlandsbund" tendenziöse Berichte zu bringen und der Leserschaft das als Tatsache zu suggerieren, was im Wege der Gerichtsverhandlung erst erwiesen werden soll und überhaupt nicht zu erwiesen ist. So veröffentlicht z. B. die "Gazeta Warszawska" den Bericht über den ersten Verhandlungstag unter der unglaublich verlogenen Überschrift: "Die Mitglieder der Organisation trieben Spionage zugunsten Deutschlands". Das Hauptorgan der polnischen "Nationalen Partei", die so sehr christlich und religiös tut und die "westliche Kultur" immer im Munde führt, hält offenbar Verleumdungen für besonders christlich und westlich. O ihr Kultur-Hochstapler!

Stellengesuche

Suche Position als

Gutsverwalter - Administrator

wo Verheirat. gestattet. Beste Empfehlungen stehen zur Seite. Ges. Off. unter S. 4790 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Jüngerer Betriebsleiter

mit sämtlichen Kontorarbeiten vertraut, gestützt auf gute Zeugen, sucht Stellung. Off. u. N. 1971 an die Geschäftsst. d. 3.

Landwirt evang.

1 Sem. landw. Schule sucht zum 1. 5. 1930

Elevenstelle auf.

Gut zur weiteren Ausbildung. Werte Zuschr. erbeten an Böcker, Mielen, v. Osno, pow. Gniezno. 4756

Raufmann der Ge

treidebranche mit 9 bis

10000 zt sucht Stell. als

Mitteilhaber

dd. Angestellter

gleich welcher Branche.

Off. u. N. 4788 a.d. G.d. 3.

Suche Stellung als

Moszineur

gleich in welch. Branche,

am liebsten in Papier-

od. Eisenbranche. Ein

evgl. der polnischen

und deutschen Sprache

mächtig, in ungefähr

Stellung, verh. 45 J.

lirehram, ehrlich u. zu-

verlässig. Ges. Off. unter

B. 4679 a.d. G.d. 3.

Suche von sofort. Stellung als

Berlauerin

mit Familienanschluß.

Lehraum vorhanden.

Religion evangelisch-

baptistisch. Off. unter

S. 4749 a.d. G.d. 3.

Suche Stellung als

Wirtin od. Stütze

im Land- oder Stadt-

haus. Zeugnisse vorh.

sucht v. sofort. od. 1. Mai

1930 Stell. Erf. v. B.

Ign. u. Langi. Praxis.

Josef Scheffs. 1967

Bistrozyn, v. Sienna,

pow. Toruń. 4773

Suche f. meine frühere

Stellung als

Schmiedegeselle.

Führe auch den Groß-

budapest. Off. erbet. an

Bruno Hoh. Komadyno

1971 Pow. Gromadyno

pow. Tuchola.

Suche v. 15. Apr. o. 1. Mai

Stellung als

Stütze

welche 4/5. J. in mein-

Landb. tätig war, sehr

sauber, fleiß. u. tücht. ist.

von sofort. od. spät. Stell.

in Land- od. Stadt, am

liebst. b. äl. Ehen, od.

etwa. Dame. Off. unter

S. 4782 a.d. G.d. 3.

Offene Stellen

Dienner

beider Sprachen mächtig, ledig, 25-35 Jahre alt, ca. 1,72 groß, für größeren Landhaushalt gesucht. Lückenlose Zeugnisse mit Referenzen u. Gehaltsansprüchen unter D. 4782 an die Geschäftsst. d. Stg.

Suche für mein Fabrikgeschäft zum 1. 6. 30 einen

tüchtigen, zuverlässigen, älteren

Expedienten,

ca. 40

beider Landessprachen in Wort und Schrift

mächtig. Bewerber mit nur guten ländlichen

Zeugnissen wollen sich schriftlich mit Angabe

der Gehaltsansprüche melden. Persönliche Vor-

stellung nur auf Wunsch. Rich. Schwante,

Mosirisch- und Elgsfabrik, Świecie-Marij.

4784

Suche f. meine frühere

Stellung als

Schmiedegeselle.

Führe auch den Groß-

budapest. Off. erbet. an

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeordnet.

Bromberg, 14. April.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen kündigen für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit strichweisen Niederschlägen an.

Finanzschwierigkeiten polnischer Städte.

Es geht uns allen schwer. Der Arbeiter, Handwerker, Kaufmann, Fabrikbesitzer, die Gemeinde, ja selbst der Staat können nicht behaupten, daß die Zeiten rosig seien. Abgesehen von Leuten, die anscheinend beruflich verpflichtet sind, optimistisch zu sein, stöhnt jeder über die Wirtschaftslage.

Wie sehr sich die Wirtschaftslage auf die polnischen Städte auswirkt, geht aus einem Artikel der „Gazeta Handlowa“ hervor, die schreibt: „Die wirtschaftliche Depression wirkt sich auf die polnischen Städte in einem noch höheren Maße als auf die einzelnen Industriezweige aus. Um eine katastrophale Gefährdung der gegenwärtigen Finanzlage zu vermeiden, haben die polnischen Städte eine Reihe von Schritten unternommen. U. a. ersuchten sie das Innenministerium, sowie das Finanzministerium um eine sofortige, den schwierigen Verhältnissen angepaßte Unterstützung. In erster Linie sollen diejenigen Städte berücksichtigt werden, welche bereits staatliche Zuschüsse für die soziale Fürsorge und für die Begeunterhaltung erhalten haben. Außerdem verlangte der Verband Polnischer Städte die sofortige Auszahlung des den Städten zustehenden Steueranteils für die Zeit vor 1926, der bis heute noch nicht zur Auszahlung gelangte. Schließlich schlägt er verschiedene Unterstützungsmaßnahmen, wie die Streichung verschiedener Verbindlichkeiten gegenüber dem Staate und die Einräumung von Krediten in Höhe von 10 Millionen Zloty vor.“

Wer sich mit der Gestaltung der kommunalen Verhältnisse in Polen etwas beschäftigt hat, wird zugeben müssen, daß irgendwelche Hilfsaktionen dringend nötig sind. Die Stadt Bromberg z. B. hat ein Vermögen von 74 565 300 Zl. und 18 311 000 Zl. Schulden. Um die begonnenen Bauten zu beenden, den Ausbau des Stromnetzes durchzuführen und der Wohnungsnott zu steuern, müssen große Anleihen aufgenommen werden. Wie wir wissen, sind dem Stadtpresidenten Baulagen gemacht worden, daß Bromberg wenigstens zur Beendigung des Krankenhauses eine Anleihe aus Warschau erhalten soll. Hoffen wir, daß sie so groß sein wird, um dieses Werk zu vollenden.

Übrigens soll Stadtpresident Dr. Słomiński, wie wir erfahren, die Absicht haben, um der Stadt aus der Finanznot zu helfen, sich ins Ausland zu begeben, um dort eine Unleiche zu erlangen. Bei dieser Gelegenheit dürfte wohl gestattet sein zu fragen, wie es mit der Dollarerbschaft der Frau Cohn bestellt ist, die man laut einem Besluß der Stadtverordnetenversammlung bekanntlich endlich nach Bromberg leiten wollte und die gewiß zur Bebung der Finanznot beitragen könnte.

Der gefrige Palmsonntag brachte ein unerwartet schönes Frühlingswetter, das von Alt und Jung rechtlich zu Ausflügen und Spaziergängen ausgenutzt wurde. Das Straßenschild hatte geradezu sommerlichen Charakter. Die Damenwelt führte die neuen Frühjahrssachen aus, die sonst gewöhnlich erst in den Osterfeiertagen das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Die Geschäftswelt und besonders die Konfektionswarenbranche wird die freundliche Erinnerung der Sonne, daß wir uns wärmeren Jahreszeiten nähern, mit Freuden begrüßt haben, da sie einen kleinen Aufschwung ihrer Umsätze erhofft. Der Geschäftsvorlehr in den gestern von 1 bis 6 Uhr nachmittags geöffneten Läden war jedoch nur mittelmäßig.

Die Illuminierung des Friedrichsplatzes vor dem Stadtparlament. Wie wir in unseren Berichten über die Staatsberatungen des Stadtparlamentes erwähnt haben, bildete der Antrag des Stadtv. Lemanski betreffs der Illuminierung des Friedrichsplatzes am 19. März d. J. den Auftakt zu einer sehr lebhaften Debatte. Die Mitglieder des Regierungsblocks hatten bekanntlich in amentliche Abstimmung in dieser Angelegenheit gefordert, während die Nationaldemokraten Geheimabstimmung verlangten. Dieser Antrag war auch angenommen worden, und nach sehr langen Geschäftsaufnahmen waren in geheimer Abstimmung die Anträge des Stadtv. Lemanski im Verhältnis von 21:14 angenommen worden. Der Stadtverordnete des Regierungsblocks, Dr. Maryński, ließ sofort nach der Abstimmung in dem Protokoll der Verhandlung einen Entschluß seiner Partei verzeichnen, in dem er an Hand der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung nachwies, daß sämtliche Abstimmungen zu Unrecht erfolgt seien und deshalb für ungültig erklärt werden müssten. Wie wir erfahren, hat der Vetter der damaligen Sitzung, der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher und Dr. Faustyniak, sich davon überzeugt, daß Dr. Maryński mit seinem Einspruch recht hat und will in der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Erklärung abgeben. Wie wir weiter erfahren, will der Regierungsblock aus diesem Grunde in bezug auf den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher seine Konsequenzen ziehen.

Die Schuljugend soll gewogen und gemessen werden. Laut ministerieller Verfügung werden in den Schulen die Körpergewichte und -maße der Schüler statistisch festgelegt. Banditenüberfall. Am 10. d. M. drangen gegen 11 Uhr abends unbekannte Täter durch einen Fenster in die Wohnung des Landwirts Wilhelm Bartnicki in Nekla-Abbau, Kreis Bromberg, ein. Der Wirt hörte das Eindringen der Banditen und öffnete die Tür zu dem Zimmer, in das die Eindringenden gelangt waren. Er sah zwei maskierte Männer vor sich. Er schlug schnell die Tür wieder zu und stemmte sich mit Gewalt dagegen. Es gelang jedoch den Banditen trotzdem, die Tür wieder aufzudrücken. In diesem Augenblick versetzte Bartnicki dem einen der Männer einen heftigen Stoß gegen das Kinn, daß er zurückfiel, wodurch der Wirt wieder die Tür zuschlagen konnte und um Hilfe rief. Jetzt zogen es die Banditen vor, sich auf dem schnellen Wege zurückzuziehen und gaben einige Revolvergeschüsse auf die Wirtschaft ab. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Die Polizei hofft den Täter bald habhaft zu werden.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages drei Personen wegen Diebstahls, vier wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften, drei wegen Bagabundage und vier wegen Trunkenheit und Värmens auf der Straße.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Cäcilienverein. Übungsstunde Mittwoch, 16. April. (4796) Die Firma A. Hensel, Dworcowa 97, veranstaltet täglich von 10—11 und 3—6 Uhr Kochvorführungen. Ein Mittagessen in 5—15 Minuten. Kostproben werden verabsolgt. Kein Vitamineverlust. (3405) Bei der Firma F. Kreski, Gdanska 7, finden täglich von 11—12 und von 4—6 praktische Kochvorführungen mit dem „Fraco“-Schnellkochtopf statt. 80proz. Ersparnis an Arbeit, Zeit und Geld. (4611)

* Gostyn, 14. April. Schadenfeuer. Bei dem Wirt Kaspar Szafczak in Szurkowo brach ein Feuer aus, das einen Schaden von 6000 Zloty verursachte. Szafczak hatte an diesem Tage Gäste, die auch die Scheune besichtigten und dabei rauchten. So ist es, dem „Nowy Kurier“ zufolge, wahrscheinlich, daß das Feuer durch einen weggeworfenen, noch glimmenden Zigarettenstummel entstanden ist. Szafczak war nur sehr niedrig versichert.

* Posen (Poznań), 12. April. Der Eisenbahnerwerkstättenarbeiter Kazimierz Konieczny wohnte mit seiner Frau bei seiner Schwiegermutter Maria Józwiak in der Bachstraße. Die Ehe war nicht glücklich, weil Konieczny dem Trunk ergeben war. Es gab infolgedessen sehr häufig Streit. Am Donnerstag gegen 10 Uhr abends kam Konieczny wieder angebrannt nach Hause; er hatte einen ganzen Lohn durchgebracht. Gegen 3 Uhr früh stand er auf, trat an das Bett seiner Schwiegermutter und schoss ihr eine Kugel in den Hals. Sie war sofort tot. Darauf ging er in sein Zimmer und tötete sich durch einen Schuß in die Schläfe.

* Wollstein (Wolsztyn), 13. April. Feueralarm gegen Ratten! In dem Dorf Rattaj bei Rakoniewice erschossen um 1/2 Uhr abends Feuersignale. In Haft und Überstürzung stürzte man aus den Betten, um zu erfahren, daß sofort alle Worte bei dem Gemeindevorsteher zu erscheinen hätten. Als man sich um den Gewaltigen geschart hatte, gab er ihnen eine Verfügung zur Kenntnis, daß ab morgen „Rattengift“ ein jeder zu legen habe! — Der Feueralarm als zweckdienliches Mittel, eine Verfügung zu publizieren, ist gewiß ein recht wirksames Mittel, für das man nur Bewunderung zollen kann.

* Schroda (Sroda), 11. April. In Rusiborek bei Schroda brach am 10. d. M. auf dem Gehöft des Landwirts Ludwig Janikowicz Feuer aus, das das Wohnhaus, Scheune, Stall und sämtliches lebende sowie tote Inventar im Gesamtvalue von ca. 30 000 Zloty einäscherte.

* Bianno, 10. April. In körperlicher und geistiger Frische feierte das Ehepaar Emil Korthals und Frau Helene geb. Wachmann die goldene Hochzeit. Im Anschluß an die Passionsandacht wurde das Jubelpaar durch den Ortsfarrer eingefeuert und ihm die Ehrenurkunde sowie das Glückwunschrückspiel des Konsistoriums überreicht. Der Jubelbräutigam ist seit Bestehen der Gemeinde Mitglied der kirchlichen Körperschaften und schon eine Reihe von Jahren Kirchenältester.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 12. April. (PAT) In dem Prozeß gegen den Großgrundbesitzer und Rittmeister der Reserve Stefan Grudzielski, der sich wegen Erziehung des Majors Josef Kloß und wegen Wechselseitigkeit zu verantworten hatte, wurde nach fünfjähriger Verhandlung das Urteil gefällt. Es lautete wegen Wechselseitigkeit auf 1 Jahr und wegen Totschlag auf 3 Jahre Gefängnis sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte unter Anrechnung von 10 Monaten der Untersuchungshaft. Der Verurteilte wurde in Haft gehalten.

* Pabianice, 11. April. Aus dem Fenster auf die Telephondrähte gesprungen. In der Bonkowskastraße 48 in Pabianice ereignete sich ein eigenartiger Unfall. In genanntem Hause bewohnt die Maria Andrejowna ein kleines Zimmer. Am Mittwoch nachmittag wollten drei Männer in die Wohnung eindringen. Als die Andrejowna ihnen nicht öffnete, holten sie sich Axte, um die Tür einzuschlagen. In der Angst sprang das Mädchen aus dem Fenster ihres Zimmers vom zweiten Stock auf die Straße. Sie blieb in den Telephondrähten so glücklich hängen, daß sie unverletzt auf dem Bürgersteige landete. Die inzwischen benachrichtigte Polizei befreite das Mädchen von ihren Verfolgern.

* Złopiane, 11. April. Zwei schwere Kraftwagenunfälle. In der Nähe von Złopiane kam es an einem Tage zu zwei Autokatastrophen. Der Gutbesitzer Teodor Junghof stürzte mit seinem Auto einen 70 Meter hohen Abhang hinunter, wobei der Chauffeur getötet und zwei Insassen verletzt wurden; das zweite Auto überschlug sich, wobei eine Person getötet und fünf schwer verletzt wurden.

* Lemberg (Lwów), 10. April. Schwere Explosionsglück. Gegen 1/2 Uhr früh am Mittwoch erfolgte in der Maschinenfabrik in der Janowskastraße 144 in Lemberg eine furchtbare Explosion, bei der drei Menschen verletzt wurden. Der beim Schweißen beschäftigte Monteur Alexander Drohobycz kam mit dem Feuer einem Stahlbehälter mit Sanierstoff zu nahe, so daß dieser explodierte. Die Explosion war so stark, daß das aus Eisenbeton erbante Fabrikgebäude fast vollständig zerstört wurde. Drohobycz und der mit ihm arbeitende 16jährige Lehrling Franciszek Johnson wurden von den herabstürzenden Eisen- und Mauerstücken verschüttet. Einzelne Maschinenteile wurden auf den Hof geschleudert. Der zufällig über den Hof gehende Lehrling Wilhelm Kunz, 15 Jahre alt, wurde durch ein Eisenstück am Kopf verletzt. Nach großen Anstrengungen gelang es, die Verschütteten zu bergen. Johnson ist schwer verletzt; am ganzen Körper hat er Brandwunden davongetragen. Drohobycz und Kunz sind verhältnismäßig leicht verletzt.

* Wilna (Wilno), 12. April. Ein Aufwiegler nach 10 Jahren verhaftet. Vor einigen Tagen wurde der frühere Zugführer Szczygielski verhaftet, der vor 10 Jahren die Gefangen des dortigen Militärgefängnisses zu einem Aufstand angestiftet hatte. Bei dem täglichen Spaziergang wurde dem Aufseher die Waffe abgenommen und er selbst gebunden. Ebenso ging es den übrigen Wächtern. Dann befreite man alle Gefangenen und bewaffnete sich mit den Waffen der Aufseher. Ein

Mix-Seife
die beste, die billigste.

größeres Polizei- und Militäraufgebot stellte die Ordnung wieder her. Szczygielski hielt sich die Jahre hindurch in verschiedenen Gegenden unter falschen Namen auf. Vor einigen Tagen wurde er von einem Aufseher in einem Restaurant in Wilna erkannt und festgenommen.

* Luck, 12. April. Ein Riesenbrand vernichtete im Dorfe Boguszyce, Kreis Kołpolski, 16 Wohnhäuser, 20 Scheunen und 16 Ställe.

* Postawy, 13. April. Tödlicher Unfall. Im Dorf Macury, Gemeinde Luczaj, wollte der 20jährige Mühleneigentümer Stanisław Swierkowicz ein altes Artilleriegeschütz auseinandernehmen. Dabei kam es zu einer Explosion, die Swierkowicz töte und die Mühle vollständig zerstörte.

* Krakau (Kraków), 13. April. Die stillen Universitätsstadt Krakau wird zurzeit von einem großen Skandal in der dortigen guten bürgerlichen Gesellschaft bewegt. Es handelt sich um die Ausdehnung einer großen Spielhölle, die in den Räumen und mit den Mitteln des Bürgervereins und der diesem gehörenden Mittelstandsbank arbeitete. Ein Krakauer Bürger, der dort in kurzer Zeit über 200 000 Zloty verlor, wandte sich an die Polizei, die darauf das Unternehmen aufhob und gegen mehr als 60 Personen Strafverfahren einleitete. Der Direktor der Mittelstandsbank, der gleichzeitig Vorstandsmitglied des Bürgervereins war, ist gesichtet. Es heißt, daß er durch seine Verwicklung in die Affäre auch die Bank geschädigt und ihre Existenz gefährdet hat.

Eingesandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die vorsichtige Verantwortung.

Syndikalisierung der Landwirtschaft.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Durch den rapiden Rückgang der Preise für landwirtschaftliche Produkte ist ein krasses Misverhältnis eingetreten zwischen diesen Preisen und den Preisen der landwirtschaftlichen Bedarfssortikel. Daraus ergibt sich von selbst die Forderung auf Verbilligung der Unkosten in der Landwirtschaft, vor allem aber Erleichterung der sozialen Lasten. Einen enormen Fortschritt würde es bedeuten, wenn der Landwirtschaft folgende Bindungen gemacht würden:

1. daß in die staatliche Versicherungsordnung wieder die Ausnahmevereinbarung aufgenommen wird, daß neben den Kreiskrankenkassen auch Ortskrankenkassen gebildet werden dürfen, die von den an diesen Orten wohnenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern verwaltet und kontrolliert werden;

2. wäre eine Ausdehnung der Syndikalisierung auf verschiedene landwirtschaftliche Produktionszweige, ähnlich wie das Zucker syndikat, z. B. ein Kartoffel syndikat, notwendig. Dieses Syndikat könnte folgende Forderungen stellen:

a) steuerfreie Vergabe von Spiritus zu technischen und Beleuchtungszwecken,

b) Frachtermäßigung für Kartoffelartikel zu Exportzwecken.

Ferner könnte ein Getreidesyndikat gegründet werden, das seinen Einfluß dahin ausübt, daß ebenso wie bei dem Zucker die inländischen Preise festgesetzt werden, außerdem jegliche Maßnahmen, die die Regierung in dieser Beziehung treffen will, mit ihm beraten werden.

Ein zweiter Faktor, der zur Verteuerung der Bedarfssortikel beiträgt, sind die industriellen Syndikate, zunächst das Kohlen syndikat, Rohöl syndikat usw. Diese Syndikate üben einen großen Einfluß aus auf die Maßnahmen der Regierung und tragen zur Verteuerung der Landwirtschaft bei. So muß z. B. der inländische Kohlenkonsum den Ausschlag, den die Syndikate für exportierte Kohlen haben, mit hohen Aufschlägen decken. Diesem Beispiel sollte auch die Landwirtschaft folgen und endlich dazu schreiten, sich solidarisch zusammenzuschließen. Zusammenschluß macht stark und Stärke gibt Macht!

Kleine Rundschau.

* Cambridge schlägt Oxford mit zwei Längen. Der traditionelle Achterruderkampf zwischen den Universitätsmannschaften von Cambridge und Oxford ging am Sonnabend, dem 12. d. M., zum 82. Mal vorstatten. Er endete mit einem Sieg der Cambridge-Mannschaft, die Oxford mit zwei Längen hinter sich ließ. Damit hat Cambridge 41 Mal und Oxford 40 Mal den Sieg errungen. Einmal war der Kampf als totes Rennen unentschieden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 14. April.
Krakau + 2,46, Jawischowitz + 1,47, Warshaw + 1,65, Bock + 1,54, Thorn + 1,82, Jordan + 1,84, Culm + 1,73, Graudenz + 1,39, Kurzbrzez + 2,20, Biebel + 1,62, Dirschau + 1,56, Einlage + 2,14, Schlesienhorst + 2,26.

Chefredakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Blese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heuke; für Angelegenheiten und Bekämpfung: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, S. m. b. o., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 88.

Heute: „Illustrierte Weltschau“ Nr. 15.

Am Sonntag Palmarum verschied sanft nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere geliebte Mutter, Tochter, Schwester und Großmutter

Frau Olga Becker

geb. Fehlauer
im 61. Lebensjahr.

Amtsgerichtsrat Waldemar Becker
Irmgard Behring, Bromberg
Dr. Walter Becker
Dr. Hanns Behring, Bromberg
Frau Elvira Fehlauer, Giersdorf b. Wartha
Erna Fehlauer, Berlin
Max Fehlauer, Düsseldorf
Die Enkelkinder:
Aulus, Ingeborg, Hildegard.
Breslau, Vorsigstr. 34 I.

4900

Die Beisetzung findet am Gründonnerstag, dem 17. d. Mts., mittags 12 Uhr auf dem Johannes-Friedhof von der Kapelle von St. Salvator aus statt.



Am Sonntag, dem 13. April, nachmittags 6 Uhr, verschied sanft nach einem arbeitsreichen Leben, unser guter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, Schwager und Onkel, der

Altstädter David Stöckmann

Veteran von 1866/70
im 88. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Freidorf, Gogolin, Charlottenburg, Heinersbrück,
den 14. April 1930.

1988

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 17. d. Mts., nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Am 11. d. Mts. starb plötzlich und unerwartet der Altstädter

Herr Wilhelm Rose

Pruszczyk
im 73. Lebensjahr.

Er war Erbauer und Mitbegründer unserer neuen Molkerei-Genossenschaft und viele Jahre dessen Vorsitzender.
Ehre seinem Andenken.

Im Namen
der Molkerei-Genossenschaft
Der Vorstand.
Pruszczyk, den 14. April 1930.

9811

Für die vielen Beweise zahlreicher Teilnahme beim Tode unseres lieben Entschlafenen, des

Herrn Rentier H. Dresel

ganz besonders Herrn Pfarrer Wurmbach für die trostreichen Worte am Grabe und dem Männer-Gesangverein Biedertafel für die letzten Grüße sagen wir

4905

unsern herzlichsten Dank.

Bromberg, den 14. April 1930.

Die Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreiche Kränze- und Blumenpende beim Heimgang unseres lieben, teuren Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Bekannten und dem Verein D. T. V. S. unsern

innigsten Dank

Im Namen aller Hinterbliebenen
Familie August Müller

Piądeczno, den 10. April 1930

pow. Sępólno

1980

Verselte Schneiderin empfiehlt sich in u. auf. Gordinenponnerei Chide und gussfertige Damen-Toiletten d. Haute, a. auf Land. Plac Kościelickich 3. w. z. solid. Preis. geiertigt Petersona 11, Hf. pt. r. 1950 Jagiellońska 44, l.

Tanzunterricht

Die M. Toeppeschen Kurse im Wicher'schen Saal

4147

führe ich in bisheriger Weise fort.

Der neue Kursus beginnt Mittwoch, 23. April.

Anmeldungen nehme ich entgegen 12-14. 6-8 Uhr.

H. Plaesterer, Tanzlehrerin, Dworcowa 3

Unläßlich meiner Aus-

wanderung nach USA sage ich d. geehrten Vor-

stände, sowie allen w.

Mitgliedern d. Bauern-

vereins Ciele, meinen

Nachbarn und meinem

Nachfolger, auch allen

Freunden u. Bekannten

ein herzliches Lebewohl.

1973 Emil Beyeler.

Bydgoszcz, Tel. 18-01

Unterricht

in Buchführungs-

Rechnungswissen-

Stenographie

Jahresabreißbücher

durch 3773

Büder-Revisor

G. Vorreau

Marszalka Focha 14.

Grabsteine

Denkämler und Ein-

fassungen am billistischen

in der Fabrik "Polon".

Gdańska 107. 1938

Wirkame Hilfe für

franke Haustiere in

der Landwirtschaft.

ein nützliches, prakti-

ches Handbuch, gegen

Boreinend, v. 31. 3,50

oder per Nachnahme

verendet Druckaria

Mieszczańska, Poznań,

Murna 2. Wiederverl.

hoher Rabatt. 4339

Dr. v. Behrens

bearbeitet allerlei Verträge,

Testamente, Erbschaft,

Auflösungen, Hypothekenlöschung,

Gerichts- u. Steuer-

angelegenheiten.

Promenada nr. 3,

beim Schlachthaus.

Erfolgr. Unterricht

i. Franz., Engl., Deutsch

(Gram., Konvers., Handels-

toriell., etc.), frz., engl. u.

deutsche Liebes- und

Leidensgeschichten fertigen an

L. u. A. Turbač.

(lgi. Aufenth. i. Engl. u.

Frz.). Cieszkowsk.

Moltestr. 11, lts. 11.

Damenhüte

empfiehlt schon von

7.00 bis 10.00 aufwärts

K. Majewski, Bydgoszcz,

Miotowa 2. 4682

Kelims

in künstlerisch. Mustern

empf. zu mäßig. Preis.

Wytórnia kilimów

H. Czerwińska,

Bydgoszcz, 1928

Kwiatowa 10, 1 Et.

Möbel

soliade ausgeführt, zu

günstig. Bedingungen

unter Garant. (jegar b.

Zentralheizg.). Kompl.

einzel, in ausgeführ-

testen Ausführung und

großer Ausw.: Schla-

fzimmer, Speisezimmer,

Herrenzimmers, Salons,

Kübgarnitur, Tische,

Sühle, Sofas, Bett-

stelle, Spinde, Bettito-

u. vieles andere; beste

Gelegenheit zum Ein-

tauf gebraucht. Möbel;

nur im Magazin Mebl

Górnego, Sniadecki 56,

Tel. 1025, Straßenbah-

haltestelle Danziger-

Elisabethstraße. 3018

Am Karfreitag, dem 18. und

Sonnabend, dem 19. April 1930

bleiben unsere

Kassenräume

für jeglichen Verkehr

geschlossen!

Bank für Handel und Gewerbe Poznań | Sp.

Poznański Bank dla Handlu i Przemysłu | Akc.

Oddział w Bydgoszczy.

Deutsche Volksbank, Spółdz. z ogr. odp.

Centrale Bydgoszcz.

Genossenschaftsbank Poznań | Spółdz. z

Bank Spółdzielczy Poznań | ogr. odp.

Oddział w Bydgoszczy.

Przetarg przymusowy.

W środę, dnia 16 kwietnia br. o godz. 11-tej sprzedawać będzie

przy ul. Promenada 38 najwieczsza dająca za gotówkę:

większą ilość różnych wyrobów drzewnych w su-

rowym stanie, jak n. p. tarcze do pasów, półkretety,

korpuse do bryczek i do wożów, ramy do klejenia,

desk, 100 sań, karoserie omnibusowa, siedzenia

klozetowe, ławy, drabiny, listwy do firan, trony

do łopat, szafki do narzędzi, koła do bryczek, le-

żaki, krzesła składane, garnitury dziecięcych krze-

sel, stołki do garderoby, fotele z ruchomem

oparciem, różne przyrządy do ćwiczeń gimna-

stycznych jak drabiny szwedzkie, stoły, ręczne

granaty ćwiczeniowe i t. p., z wyrobów metalowych:

osie kolanowe, koniczne, różne resory, opaski na

plasty i około 100 naczyn do farb.

Weisse Peking-Enten.

Bruteier

(auch Brutühner) hat

abzugeben. 1927

A. Haesle, Tonin,

v. Bawelno.

Mehrere Zentner

Petersilien-

wurzeln

und 2 3tr.

Borree (Laud)

hat abzugeben. Differ-

ten mit Breisangabe

an 4743

Majętność Męszez